

LANDTAGS- WAHLPROGRAMM 2008-2013

JETZT. FÜR MORGEN.



BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

WWW.GRUENE-NIEDERSACHSEN.DE

INTRO

I. KLIMA- UND UMWELTSCHUTZ

Mehr Energie für den Klimaschutz

Einsparung statt Megawatt
Zukunftsperspektive Windenergie
Zukunftsperspektive Biomasse
Im Land der blauen Dächer
Erdwärme nutzen
Keine neuen Kohlekraftwerke
Hohe Emissionsstandards für Müllverbrennung
Forschung intensivieren
Klimaschutz schafft Arbeitsplätze
EU-Förderung für nachhaltige Entwicklung

Kein Atomklo Niedersachsen

Gorleben soll leben
Kein Atommüll in Schacht Konrad
Atomrecht für Asse II
Atomkraft ist kein Klimaschutz

Umlenken in der Verkehrspolitik

Kein Autobahnneubau
Ökomobil in Niedersachsen
Für ein besseres Mikroklima
Vorfahrt für Bus und Bahn
Güter auf Schiene und Wasserstraßen

Mehr Meer braucht mehr Deich

Natur- und Landschaftsschutz fördern

Nasses Moor ist gut fürs Klima
Lebendige Gewässer
Bodenabbau begrenzen
Wälder schützen
Raumentwicklung steuern

Anders reisen

Nachhaltige Landwirtschaft

Ökolandbau schützt Klima
Gentechnikfreies Niedersachsen
Gesundes Essen ohne Skandale
Tiere als Mitgeschöpfe achten

II. KINDER UND WISSEN

Starker Start für kleine Kinder

Neue Schule für Niedersachsen

Neue Lernkultur: ganztags - gemeinsam - gut
Neun Jahre gemeinsam
Nichts Halbes, sondern Ganzes
Der Weg zur Neuen Schule

Berufliche Bildung

Offene Hochschule

Mehr und bessere Studienplätze
Gebührenfreies Erststudium
Hochschulen mit Zukunft

Weiter bilden

Kultur für Niedersachsen

Mehr Sport und Spiel
Kultur macht stark
Kultur braucht Vielfalt
Kreativmotor Kultur

Medienlandschaft mit Qualität und Vielfalt

III. FÜR EINE GERECHTE UND ENGAGIERTE SOZIALPOLITIK

Für eine gerechte Arbeitsmarktpolitik

Geringqualifizierte fördern
Mindestlohn statt Kombilohn
Wirtschaftsförderung - innovativ und gerecht

Armut bekämpfen

Skandal Kinderarmut
Hartz IV erhöhen

Herausforderung Demografischer Wandel

Gesundheit ist keine Ware

Gesundheit fängt bei Kindern an
Gesundheitsvorsorge
Mit Drogen verantwortungsvoll umgehen
Medizinische Versorgung wohnortnah
Qualitätssicherung im Gesundheitswesen
Menschenwürdige Pflege sichern

Selbstbestimmt leben mit Behinderung

IV. DEMOKRATIE - BÜRGERRECHTE - INTEGRATION

Geschlechtergerechtigkeit schaffen

Mädchen und junge Frauen fördern
Arbeitswelt - mehr Chancen für Frauen
Vereinbarkeit von Familie und Beruf
Frauen und Hochschule
Frauengerechte Gesundheitspolitik
Pflegeleistungen gerecht verteilen
Vor Gewalt schützen

Weltoffenes Niedersachsen

Integration durch bessere Bildung
Internationalität ausbauen
Religiöse Vielfalt begleiten
Flüchtlinge schützen
Europa stärken

Metropolregionen entwickeln

Gleiche Rechte für Schwule und Lesben

Sicherheit oder Freiheit? Wir wollen beides!

Mehr Transparenz und Mitwirkung ermöglichen

Für eine bürgernahe Polizei

Absage an den Schnüffelstaat

Opferhilfe ausbauen

Keine Privat-Gefängnisse

Niedersachsen gegen Rechts

Global denken – lokal handeln

Globaler Verantwortung gerecht werden

Mehr Kommune

Lebendige Innenstädte

Bürgerschaftliches Engagement

Für eine nachhaltige Finanzpolitik

Wahlrecht ab 14

I. KLIMA UND UMWELTSCHUTZ

Mehr Energie für den Klimaschutz

Der vom Menschen verursachte Klimawandel ist längst Realität. Seit Beginn der Wetteraufzeichnungen waren elf der letzten zwölf Jahre die wärmsten. Auch hierzulande gibt es immer häufiger Stürme und heftige Niederschläge. Temperatur und Meeresspiegel werden weiter steigen. Aktuell geht es darum, den Anstieg so zu begrenzen, dass unsere Zivilisation nicht weggespült wird. Und es geht um ein paar ganz schlichte Wahrheiten:

- Der Verbrauch fossiler Energien wie Kohle, Öl oder Gas hat die von Menschen gemachte Klimaveränderung besonders vorangetrieben. Wenn der Temperaturanstieg noch auf zwei Grad begrenzt werden soll, muss der CO₂-Ausstoß bis 2050 um 80 Prozent reduziert werden. In Niedersachsen sollen die CO₂-Emissionen bis 2020 um 40 Prozent sinken.
- Die Industrieländer sind Hauptverursacher der Klimaveränderung – und die Schwellenländer folgen leider diesem schlechten Beispiel. Jetzt müssen die Industrieländer handeln. Nur hier sind die technischen und finanziellen Möglichkeiten vorhanden, um kurzfristig einen radikalen Politikwechsel zugunsten des Klimaschutzes herbeizuführen.
- Klimaschutz gefährdet weder Wirtschaft noch Arbeitsplätze – er macht zukünftiges Wirtschaften und Arbeiten erst möglich. Diejenigen Volkswirtschaften, die heute in der Entwicklung entsprechender Technologien eine Führungsposition einnehmen, sichern sich Wettbewerbsvorteile.

Die Botschaft des Weltklimarats der UNO ist eindeutig: Noch können wir die Klima-Katastrophe abmildern, aber uns bleiben nur noch wenige Jahre. Spätestens 2020 muss das fossile Zeitalter seinen Zenit überschritten haben. Ein Ziel unserer Politik ist der vollständige Umbau unserer Energie-Erzeugung auf regenerative Quellen. Ob Energieproduktion, Verkehr oder Landwirtschaft: Der Ausstoß an Treibhausgasen wie CO₂, Methan und Lachgas muss deutlich sinken.

Die drei „E“ Energieeinsparung, Erneuerbare Energien und Energieeffizienz sind alternativlos, wenn der Klimawandel begrenzt werden soll. Und: Weil der Markt für entsprechende Technologien weltweit rasant wächst, bieten sich auch der heimischen Wirtschaft jede Menge Chancen.

Einsparung statt Megawatt

Einfach Energie sparen: Das ist die größte Klimaschutz-Ressource. Die enormen Potenziale, Kohle, Öl und Gas durch moderne Technik, hiesigen Ingenieurverstand, regionale Handwerksleistungen und hei-

mische Industrieprodukte zu ersetzen, werden bis heute unzureichend genutzt. Und: Wer Energie spart, senkt Kosten und verschafft sich dadurch kurz- und langfristig Vorteile.

Mit Wärmedämmung und Gebäudesanierung lässt sich viel Energie sparen. Land und Kommunen müssen sich bei den eigenen Liegenschaften stärker engagieren und auch private Eigentümerinnen und Eigentümer zu Investitionen anregen. Wir werden eine Klimaschutz-Agentur ins Leben rufen, die Land und Wirtschaft gemeinsam tragen: Diese soll Privateigentümer und -eigentümerinnen unabhängig beraten und in der Landesverwaltung Initiativen zum Energiesparen auf den Weg bringen. Auch bei der Stadtsanierung wollen wir den Klimaschutz in den Fokus der Förderprogramme rücken. Wir werden dazu modellhafte Gruppenbauvorhaben stützen, die Trendsetter bei Energieeffizienz sein können.

Bei Strombezug und Energiesparen muss das Parlament beim Landtagsgebäude mit gutem Beispiel vorangehen. Wir werden ein Sanierungsprogramm für landeseigene Gebäude auflegen und uns dafür einsetzen, dass in allen Landesgebäuden ausschließlich Ökostrom verwendet wird.

Viel Energie lässt sich auch bei den Haushaltsgeräten sparen. Um mehr umweltfreundliche Geräte auf den Markt zu bringen und gleichzeitig die Innovationskraft anzukurbeln, schlagen wir ein „Top-Runner-Modell“ vor. Bei dieser Anreizmethode wird der Industrie in regelmäßigen Abständen ein ökologischer Orientierungswert gegeben, nach dem sich die Haushaltsgeräte-Hersteller richten sollen. Vorteil für Umwelt und wirtschaftliche Innovationsfähigkeit: In kurzer Zeit wird ein enormer Fortschritt in der Entwicklung klimafreundlicher Geräte stattfinden. In Japan ist das „Top-Runner-Modell“ bereits Standard.

Wir wollen außerdem strategische Forschungsallianzen für Energieeffizienz fördern – zum Beispiel bei der Entwicklung von Leichtbau-Werkstoffen in der Automobil- und Flugzeugindustrie, bei der Brennstoffzelle oder bei Speichertechnologien.

Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) – oder die doppelte Nutzung von Energie

Energie vollständig nutzen: Großkraftwerke haben nur einen durchschnittlichen Energienutzungsgrad von 37 Prozent. Bei der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) wird auch die Abwärme genutzt – der Gesamtnutzungsgrad steigt deshalb auf 80 Prozent und mehr. Besonders geeignet für die KWK-Technik sind dezentrale, kleine Heizkraftwerke mit nahe gelegenen Abnehmern wie Wohnungen, Gewerbe oder öffentlichen Einrichtungen.

Länder wie Dänemark oder die Niederlande setzen in großem Umfang auf KWK. In Deutschland gibt's Nachholbedarf: Nur 12 Prozent der Stromproduktion kommen hierzulande aus KWK, machbar ist das Fünffache. Wir wollen die KWK-Energieerzeugung in Niedersachsen massiv ausbauen. Der Anteil an der Stromproduktion soll auf mindestens 40 Prozent klettern. Zusammen mit Energieunternehmen, Kommunen, Wirtschaft, Wohnungsunternehmen sowie privaten Hauseigentümerinnen und -eigentümern werden wir dafür eine KWK-Informations- und Ausbaukampagne starten und die Einrichtung von Nahwärmenetzen fördern.

Zukunftsperspektive Windenergie

Niedersachsen ist Deutschlands Windregion Nummer eins. Fast jedes dritte Windrad steht zwischen Borkum und Harz. Und: Jedes zweite Windrad, das sich in Deutschland dreht, wurde in Niedersachsen hergestellt.

Windkraftanlagen tragen heute beträchtlich zur Stromproduktion bei: 30,6 Milliarden Kilowattstunden erwirtschafteten die Rotoren im vergangenen Jahr – und deckten damit 5,7 Prozent des nationalen und gar 19 Prozent des niedersächsischen Strombedarfs. Wir müssen das Potenzial der Naturkraft noch stärker nutzen. Deshalb wollen wir es erleichtern, alte Windkraftanlagen durch neue leistungsfähigere Anlagen zu ersetzen (Repowering).

So lassen sich auch Planungsfehler korrigieren, die zum Beispiel dazu geführt haben, dass Windparks vereinzelt zu dicht an Wohnsiedlungen, in wichtigen Vogelrastgebieten oder in einem zu geringen Abstand untereinander errichtet wurden. Um solche Fehler zukünftig zu vermeiden, setzen wir auf eine bessere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in der Planung.

Die deutsche Nord- und Ostsee werden künftig beim Ausbau der Windenergie eine große Rolle spielen. In deutschen Offshore-Windparks wird in wenigen Jahren so viel Windstrom produziert wie heute bundesweit an Land. Wir unterstützen diese Pläne. Zum Schutz des Wattenmeeres müssen Standorte aber sorgfältig ausgewählt und Stromkabel bei der Trassenführung zum Festland gebündelt werden. Die notwendige Verstärkung des Leitungsnetzes von der Küste in die Ballungsräume soll unterirdisch erfolgen. So wird auch Elektrosmog reduziert.

Auf dem Festland fließen die Gewerbesteuereinnahmen aus dem Betrieb von Windkraft-Anlagen in die Kasse der jeweiligen Kommune. Für die geplanten Offshore-Anlagen gilt eine andere Rechtslage: Steuererträge aus dem Gebiet des niedersächsischen Küstengewässers und des daran anschließenden Festlandsockels gehören nicht zu den Verbundeinnahmen. Diese Steuergelder nehmen daher nicht am kommunalen Finanzausgleich teil, sondern fließen direkt in den Landeshaushalt. Wir wollen diese Mittel vollständig nutzen, um die energetische Sanierung von Landesliegenschaften zu finanzieren.

Zukunftsperspektive Biomasse

Wir wollen Niedersachsen bei der Windkraft und allen anderen erneuerbaren Energieträgern zum Spitzenreiter machen. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz schafft auch für die Landwirtschaft zusätzliche Einkommensmöglichkeiten. Wir wollen die Energieerzeugung mit Biomasse weiter voranbringen. Priorität bei der Förderung der Bioenergien sollte die in der Klimabilanz effizienteste und umweltverträglichste Nutzung von Energiepflanzen haben.

Die Förderung nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz muss konsequent auf Anlagen mit Kraft-Wärme-Kopplung und die Einspeisung von Biogas ins Erdgasnetz ausgerichtet werden. Mit klaren Vorgaben wollen wir dafür sorgen, dass der Energiepflanzenanbau wie die Landwirtschaft insgesamt, nicht zu Lasten von Naturschutz, Artenvielfalt und anderen ökologischen Zielen geht. Dazu sind unter anderem eine mehrgliedrige Fruchtfolge und eine strikte Begrenzung der Düngung festzuschreiben. Gentechnik und großflächige Monokulturen lehnen wir auch beim Anbau von Energiepflanzen ab.

Mit einem Zertifizierungsverfahren für importierte Biomasse zur energetischen Nutzung wenden wir uns gegen den Raubbau an den Regenwäldern.

Biogas kann in Erdgasqualität ins öffentliche Versorgungsnetz eingespeist werden oder als Kraftstoff Fahrzeuge antreiben. Beim Errichten von Biogasanlagen wollen wir höchste technische Standards und eine klare Genehmigungspraxis.

Gutes Praxisbeispiel: Bioenergiedorf Jühnde

Es geht um Klimaschutz, aber auch um Versorgungssicherheit: Ein kleines Dorf nahe Göttingen zeigt Alternativen in der Energieversorgung auf. Jühnde ist das erste Bioenergiedorf Deutschlands und fast vollständig autark. Vor rund zwei Jahren haben die Bewohnerinnen und Bewohner mit einer Biogasanlage ihre Strom- und Wärmeversorgung in die Hand genommen. Mit Getreide und Mist aus der Umge-

bung produzierte der Ort allein 2006 vier Millionen Kilowattstunden Strom. Dank Nahwärme sparte man 300.000 Liter Heizöl ein.

Was in Jühnde klappt, funktioniert auch anderswo! Die traditionelle Dorferneuerung wollen wir deshalb um ein Programm zur Förderung von Bioenergiedörfern ergänzen. Wir wollen in jedem Landkreis mindestens zehn dieser Dörfer oder Stadtteile schaffen. Und wir wollen erneuerbare Energieträger massiv ausbauen – ob Biomassekessel, Solarkollektoren, Fotovoltaik- oder Erdwärmeanlagen.

Im Land der blauen Dächer

Das von GRÜNEN forcierte Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) hat Deutschland bei der Nutzung der Solarenergie in die Champions League geführt und viele Arbeitsplätze geschaffen. Wir wollen uns auf diesem Erfolg nicht ausruhen – sondern die Nutzung des „Kraftwerks“ Sonne durch Solarthermie und Fotovoltaik weiter vorantreiben. Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass private Investoren Solaranlagen zum Beispiel auch auf Dächern öffentlicher Gebäude oder auf Lärmschutzwände an Straßen bauen können. Bei der anstehenden Novelle des EEG geht es darum, auch für die kommenden Jahre eine angemessene Vergütung für die Einspeisung von Solarstrom zu sichern. Niedersächsische Forschungseinrichtungen für Solarenergie wie das Institut für Solarenergieforschung Hameln (ISFH) wollen wir tatkräftig unterstützen und deren Know-how stärker nutzen. Wir wollen Niedersachsen zum Land der blauen Dächer machen!

Erdwärme nutzen

Wärme von Mutter Erde: 99 Prozent unseres Planeten sind heißer als 1000 Grad. Und 99 Prozent des Rests sind wärmer als 100 Grad. Diese unerschöpfliche Energie, wollen wir stärker nutzen. Im Vergleich zu einer Gas- oder Ölheizung lassen sich so rund 50 Prozent der CO₂-Emissionen sparen. Wir wollen die Nutzung der oberflächennahen Erdwärme fördern – durch kostenlose Bereitstellung der erforderlichen geologischen Grundlagendaten und gezielte Öffentlichkeitsarbeit. Damit die Erdwärme ihren Teil zur Stromproduktion beiträgt, wollen wir entsprechende Forschung und Entwicklung in Niedersachsen unterstützen.

Keine neuen Kohlekraftwerken

Die Energiekonzerne planen mit Zustimmung der CDU/FDP-Landesregierung neue Kohlekraftwerke in Niedersachsen. Dies widerspricht allen Klimaschutzzielen. Ein neues Kohlekraftwerk erzeugt pro Kilowattstunde fast viermal soviel CO₂ wie ein gleich großes Gas- und Dampf-Kraftwerk mit Kraft-Wärme-Kopplung. Ersetzen wir die Dreckschleuder Kohlekraftwerk durch moderne Windkraft- oder Biomasseanlagen können wir nach Berechnungen des Ökoinstituts sogar mehr als 95 Prozent des CO₂-Ausstoßes sparen. Wenn, wie geplant, in den nächsten Jahren bundesweit mehr als 27 neue Stein- und Braunkohlekraftwerke gebaut werden, steigen die CO₂-Emissionen der Stromwirtschaft bis 2020 drastisch. Zudem würde mit den neuen Kohlekraftwerken die Energieerzeugung der nächsten 40 Jahre festgeschrieben. Auch die EU-Kommission kritisiert dieses Vorgehen – zu Recht.

Wir lehnen die in Stade, Wilhelmshaven, Dörpen und anderswo geplanten Kohlekraftwerke ab. Energie aus Kohlekraftwerken wollen wir durch Energieeinsparung, Erneuerbaren Energien sowie Kraft-Wärme gekoppelte Gaskraftwerke ersetzen und damit den Treibhausgasausstoß deutlich reduzieren.

Hohe Emissionsstandards für Müllverbrennung

Auch Müllverbrennungsanlagen sind große CO₂- und Schadstoffemittenten. Die Abgas-Emissionen wollen wir für neue und alte Anlagen regelmäßig (alle 5 Jahre) durch schärfere Vorgaben auf den neuesten technischen Stand reduzieren. Soweit wirtschaftlich darstellbar, sind alte und neue Verbrennungsanlagen mit KWK-Technik auszustatten. Das Verbrennen von Müll in Industrieanlagen wie Zementwerken ist nur nach den gleichen strengen Emissionsstandards wie bei den Müllverbrennungsanlagen zuzulassen.

Forschung intensivieren

Klimaschutz ist das zentrale Thema der nächsten Jahre und Jahrzehnte. Also müssen wir Forschung und Entwicklung intensivieren – zum Beispiel bei Stromspeichertechnologien oder bei der Herstellung biogener Treibstoffe. Wir wollen Forschungsschwerpunkte zum Klimaschutz an geeigneten Hochschulen in Niedersachsen etablieren und fördern. Zwischen Elbe und Ems soll ebenso zu Verminderungs- und Anpassungsstrategien an den Klimawandel geforscht werden. So wird Niedersachsen zum Innovationsmotor einer vorausschauenden Umweltpolitik! Finanzieren wollen wir dies aus den Dividenden der Beteiligung an der Volkswagen AG, die dem Landeshaushalt zufließen. Förderprogramme des Landes müssen mit Blick auf eine spürbare Senkung des Kohlendioxid-Ausstoßes umgestaltet werden.

Projekt: Klima-Innovations-Fonds

Durch eine Neukonzeption der Wirtschaftsförderung wollen wir zunächst 150 Millionen Euro Landesmittel umschichten, die für klimarelevante Maßnahmen einzusetzen sind.

Die Finanzmittel des noch bestehenden Ökofonds werden in den Klima-Innovations-Fonds überführt. Die bisher aus dem konventionellen Wirtschaftsförderfonds erfolgte Finanzierung der NBank und der verschiedenen Förderinstitute soll zukünftig direkt aus dem Landeshaushalt erfolgen. Alle weiteren Mittel des konventionellen Wirtschaftsförderfonds werden zugunsten des Klima-Innovations-Fonds umgeschichtet.

Daraus sind erhebliche Fördermittel bereitzustellen für:

- *Klimaschutzinvestitionen in kleinen und mittelständischen Betrieben, insbesondere auch im Handwerk*
- Klimaschutzforschung, insbesondere Kooperationen von Wirtschaft und Hochschulen
- sowie Klimaschutzinvestitionen in denkmalgeschützten oder anderen außergewöhnlichen Gebäuden.

Entsprechende Richtlinien sollen unter Mitarbeit von Fachleuten aus den Bereichen Umwelt, Wirtschaft und Forschung erarbeitet werden.

Klimaschutz schafft Arbeitsplätze

Die Sonne schickt keine Rechnung! Investitionen in regenerative Energien sind Investitionen in ökologische Industrieprodukte, Ingenieurs- und Handwerksleistungen. Der notwendige Umbau der Energiewirtschaft hilft also nicht nur dem Klima – er ist auch ein kräftiger Jobmotor. Schon heute beschäftigt allein die Windenergie-Branche in Niedersachsen weitaus mehr Menschen als die traditionsreiche Wertindustrie. 5.000 weitere Arbeitsplätze können in Niedersachsen in den nächsten Jahren durch den Aus-

bau der Windenergienutzung in der deutschen Nordsee entstehen. Angesichts des weltweit wachsenden Bedarfs ist unsere herausragende Stellung bei der Nutzung der Windkraft ein erstklassiger Vorteil auch für den Export dieser Umweltwirtschaftsgüter. Anderthalb Millionen Menschen arbeiten bereits bundesweit in der Umweltbranche. Eine Verdopplung der Arbeitsplätze in diesem Sektor bis 2020 erscheint möglich.

Die riesigen Einsparpotenziale durch Wärmedämmung und Gebäudesanierung sind ein Wachstumsprogramm für die seit Jahren kriselnde Bauwirtschaft – einem der wichtigsten Arbeitgeber im Land. Eine wachsende Zahl von Installationsbetrieben spezialisiert sich auf den Bau und die Wartung von Solaranlagen. Energieproduktion aus Pflanzen bietet der Landwirtschaft neue Perspektiven und sichert Arbeitsplätze gerade im ländlichen Raum.

Grüne Marktwirtschaft ist ökonomisch erfolgreicher, weil sie auf Effizienz setzt und im globalen Wettbewerb um ökologische Innovationen durch ihre Vorreiterposition bestehen kann. Wer mit grünen Ideen wirtschaftliche Erfolge erzielt, macht Lebensqualität, Arbeitsplätze und Wohlstand in Niedersachsen zukunftssicher.

Zum Nachahmen: Ökoprofit – Klimaschutz aus Eigennutz.

Mit Umwelt- und Klimaschutz Kosten sparen – den Standort und Arbeitsplätze sichern: In einigen Ländern Europas kooperieren Kommunen und Bundesländer erfolgreich mit ihrer ansässigen Wirtschaft. Auf dem Weg dorthin gilt es Ressourcen zu sparen, Emissionen zu vermeiden und damit betriebliche Kosten wie auch ökologische Folgekosten zu senken.

Auch in der Landeshauptstadt Hannover gibt es seit mehreren Jahren externe Beraterinnen und Berater, die von der Kommune mitfinanziert werden. Sie informieren Klein- bis Großunternehmen in Workshops und analysieren Schwachstellen. Die von den Unternehmen allein zu tragenden Investitionskosten amortisieren sich häufig bereits in weniger als drei Jahren. Wir wollen durch eine Koordinierungsstelle auf Landesebene für die Verbreitung dieses guten Ansatzes sorgen. Möglichst viele Kommunen in Niedersachsen sollen mitmachen!

EU-Förderung für nachhaltige Entwicklung

Die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen auf der Basis umweltgerechter Lösungen und regionaler Beteiligungen wollen wir zu Kriterien für die zukünftige EU-Förderung in Niedersachsen machen. Unser Bundesland hat das Potenzial, durch Bündelung seiner Innovationskräfte zum führenden Standort etwa für Anbau, Produktion und Nutzung von Bioenergie zu werden. Mit der neuen Förderperiode der EU-Strukturfonds kann die Fokussierung auf solche Ziele einen dauerhaften Technologie- und Arbeitsplatzschub in Niedersachsen auslösen. Jedes Jahr stehen dafür mehr als 300 Millionen Euro im Land bereit.

Statt Zuschüssen: Wir wollen Beteiligungskapital und Kreditförderung weitgehend über revolvingende Fonds zur Verfügung stellen. So sollen sich Programme verstetigen. Bei der N-Bank werden wir endlich eine ministerienübergreifende zentrale Steuerung und eine unabhängige externe Evaluation der EU-Förderung bündeln. Es muss Schluss sein mit dem bisherigen unproduktiven Nebeneinander und der Ineffizienz zahlreicher Fördertöpfe. GRÜNE sortieren die Gießkanne als Instrument öffentlicher Mittelverteilung ein für allemal aus.

Kein Atomklo Niedersachsen

Die Atomkraft ist und bleibt eine unverantwortbare Risikotechnologie. Beispiele gibt es genug: der Brand im Atomkraftwerk (AKW) Krümmel, die endlosen Störfälle in den AKWs Esenshamm und Brunsbüttel oder der Beinahe-GAU im schwedischen Werk Forsmark, das mit niedersächsischen Anlagen baugleich ist. All diese Fälle führen uns vor Augen, wie unzuverlässig Atomkraft-Betreiber sind. Eine Reaktor-Katastrophe ist auch in Niedersachsen jeden Tag möglich. Die Atomaufsicht von Sanders Umweltministerium versagt peinlich, glaubt den Energiekonzernen und ignoriert bestehende Sicherheitsmängel. Neben den Risiken durch menschliches und technisches Versagen bleibt die Terrorgefahr unbeherrschbar. Kein Atomkraftwerk der Welt kann ausreichend vor terroristischen Angriffen geschützt werden. Bündnis 90/Die Grünen wollen deshalb insbesondere das störanfällige Atomkraftwerk in Esenshamm deutlich früher abschalten als geplant.

Wir sprechen uns außerdem für die sofortige Schließung des Luft-Boden-Übungsplatzes „Nordhorn-Range“ aus. Die unmittelbare Nähe des Bundeswehr-Übungsplatzes zum AKW „Emsland II“ und zur angrenzenden Atomindustrie in Lingen stellt ein zusätzliches, latentes, unkalkulierbares und nicht hinnehmbares Risiko für die Bevölkerung dar.

Die Atommüllberge wachsen jeden Tag, an dem die Reaktoren laufen. Bis heute gibt es keine – auch nur halbwegs sichere – Methode, unsere strahlenden Hinterlassenschaften für Hunderttausende von Jahren sicher zu entsorgen.

Gorleben soll leben

Die Energiewirtschaft und die niedersächsische Landesregierung wollen das Moratorium in Gorleben beenden – sprich den Salzstock weiter erkunden. GRÜNE erteilen dem Vorgehen eine Absage. Gorleben ist geologisch ungeeignet! Gravierende Mängel wie die schlechte Qualität des Deckgebirges sprechen gegen den Salzstock als Endlager für hochradioaktiven Atommüll. Voraussetzung für die Akzeptanz einer neuen Endlagersuche ist und bleibt der nötige Atomausstieg.

Auch wenn interessierte Kraftwerksbetreiber die aktuelle Klima-Debatte nutzen, um an dem Atomausstieg der rot-grünen Bundesregierung zu rütteln: Der Verzicht auf Atomkraft ist ein Gebot der Vernunft. Die Risiken beim Kraftwerksbetrieb, die Gefahren der Wiederaufarbeitung, die Entsorgungsprobleme und die Gefahr des Missbrauchs von Kernbrennstoffen machen die Nutzung dieser Energieform unverantwortbar.

Kein Atommüll in Schacht Konrad

Die Festlegung auf ein Endlager für radioaktiven Müll kann nur in einem nachvollziehbaren Verfahren mit höchsten Sicherheitsstandards getroffen werden. Weil Atommüll für Millionen Jahre gefährlich bleibt, gilt es den relativ besten Standort zu wählen. Der Arbeitskreis Auswahlverfahren Endlagerstandorte (AKEnd) hat Ende 2002 Empfehlungen für ein bundesweites, systematisches Suchverfahren mit umfassender Beteiligung der Öffentlichkeit vorgelegt. Wir stehen hinter diesen Vorschlägen. Nach den Erfahrungen mit Asse und Morsleben wollen wir, dass das Konzept der wartungsfreien, nicht-rückholbaren Atommüllendlagerung überdacht wird. Wir setzen uns für einen Neubeginn bei der Endlagersuche ein. Weder im Salzstock Gorleben noch im Schacht Konrad dürfen jetzt Fakten geschaffen werden.

Atomrecht für Asse II

Wie unsicher das Entsorgen des Atommülls ist, zeigt das Absaufen des ehemaligen Salzbergwerks Asse II bei Wolfenbüttel. Rund 127.000 Fässer mit schwach- und mittelradioaktivem Abfall lagern in dem Schacht, der als Prototyp für Gorleben geplant war. Die Sicherheitsprognosen für die Asse haben sich bereits nach 20 Jahren als falsch erwiesen. Salzlauge dringt in das Grubengebäude ein, das bereits in seiner Standsicherheit gefährdet ist. Es ist zu erwarten, dass mittelfristig radioaktives Material

mit Grundwasser in Kontakt tritt. Die Lage unter Tage spitzt sich mit unabsehbaren Folgen für Mensch und Natur gefährlich zu. Wir fordern die Bundes- und die Landesregierung auf, den atomaren Müll aus dem Atommülllager Asse II zurückzuholen. Bei der Stilllegung von Asse II soll Atomrecht angewandt werden. Die katastrophale Situation bei der Asse II zeigt eindringlich die gewaltigen Probleme bei der Endlagersuche. Der Standort wurde festgelegt, weil ein unrentables stillgelegtes Salzgewinnungsbergwerk zufällig zur Verfügung stand. Das gleiche gilt für Schacht Konrad in Salzgitter! Die kritischen Gegebenheiten des Standortes wurden ignoriert und lange Zeit geleugnet. Eine ähnliche Situation ist in Morsleben, nur 500 Meter von der niedersächsischen Landesgrenze bei Helmstedt, zu sehen: Auch dort gibt es einen „absaufenden“ Schacht.

Atomkraft ist kein Klimaschutz

Die Atomindustrie versucht den drohenden Klima-Kollaps zu nutzen, um Atomstrom als ökologisch – und die Leute für dumm zu verkaufen. Tatsächlich sind die Energieverluste bei den vor- und nachgeschalteten Prozessen der Atomkraft erheblich. Dies gilt vor allem für die Urananreicherung und die Abwärmeverluste im Kraftwerk, wo zwei Drittel der Energie über Kühltürme sinnlos in die Luft geblasen oder in Flüsse geleitet wird. Und: Atomstrom stellt gerade einmal drei Prozent des weltweiten Energieverbrauchs bereit. Wollte man dem Klimawandel so begegnen, müssen zahlreiche AKWs neu gebaut werden. Die verfügbaren Uran-Reserven auf unserem Globus wären innerhalb weniger Jahre verbraucht. Atomkraft kann unser Klima nicht schützen – gleiches gilt für Großkraftwerke heutiger Bauart.

Umlenken in der Verkehrspolitik

Der dramatische Klimareport der UNO unterstreicht, dass der Ausstoß von Treibhausgasen im Verkehr weltweit schneller gestiegen ist als in jedem anderen Energieverbrauchssektor. Mit der ökologischen Steuerreform konnten die CO₂-Emissionen im Verkehr hierzulande von 1999 bis 2005 um neun Prozent gesenkt werden. Aber es sind immer noch zu viele und zu verbrauchsintensive Spritfresser auf dem Markt. Ein Blick auf die Zahlen des Kraftfahrtbundesamtes bestätigt: 1992 waren in Deutschland rund 36,5 Millionen Kraftfahrzeuge gemeldet. Anfang 2007 waren es gut 55,5 Millionen. In Niedersachsen entwickelte sich der Bestand im gleichen Zeitraum ähnlich. Innerhalb von nur 15 Jahren ist Deutschlands Fuhrpark also fast um die Hälfte größer geworden.

Kein Autobahnneubau

Die vom Land vorangetriebenen Planungen zum Neubau von Autobahnen lehnen wir ab – ob A 39, A 22 oder A 33. Eingesparte Planungskosten wollen wir stattdessen investieren in die Unfallvermeidung an Gefahrenpunkten und in die lange vernachlässigte Bauunterhaltung vorhandener Landesstraßen. Wir werden die Landesstraßen innerhalb von fünf Jahren vollständig mit einem begleitenden Radweg versehen. So sichern wir auch den Schulweg für unsere Kinder. Wir GRÜNEN fordern außerdem den weiteren Ausbau von Kreisverkehren, um Unfälle und Umweltbelastungen zu reduzieren.

Ökomobil in Niedersachsen

Die enorme Zunahme an Fahrzeugen belastet Deutschland erheblich: Nicht nur das Klima, auch der Mensch leidet unter Gesundheitsgefahren durch Feinstaub und Lärm. Neben einer Verkehrsverlagerung auf Bus und Bahn, befürworten wir deshalb Lenkungsmaßnahmen auf Basis der Telematik, das Einrichten von Umweltzonen sowie Tempolimits. Insbesondere Lkw-Maut-Ausweichverkehre sind gezielt zurückzudrängen. Dafür muss die Mautpflicht auf alle Umgehungsstrecken ausgeweitet werden. Die Lkw-Maut soll künftig für alle Fahrzeuge ab 7,5 Tonnen erhoben werden.

Wir plädieren für ein Tempolimit von maximal 120 Stundenkilometern auf Autobahnen. So wird der Schadstoff-Ausstoß schon kurzfristig spürbar reduziert und auch die Zahl der tödlichen Unfälle kann deutlich vermindert werden. Damit lässt sich die Kohlendioxid-Belastung aus dem Autoverkehr um mehrere Millionen Tonnen CO₂ reduzieren.

Für verbrauchsärmere Modelle sind weitere Anreize notwendig. Niedersachsen darf deshalb eine klimaschutzorientierte Reform der Kfz-Steuer nicht weiter blockieren. Kriterium der Besteuerung darf nicht mehr der Hubraum, sondern muss endlich der CO₂-Ausstoß sein. Wer ein verbrauchsarmes Auto fährt, muss bei der Kfz-Steuer spürbar begünstigt werden. Ein Bonus-Malus-System soll Sparmobile zusätzlich fördern, finanziert durch Strafzahlungen von Spritschluckern. Die Abschreibungsfähigkeit von Dienstwagen muss ab 2008 bei einer Obergrenze von 140 Gramm CO₂ je Kilometer gedeckelt werden.

Von Protesten der Autolobby sollte sich niemand irre machen lassen! Es geht nicht darum, die individuelle Mobilität einzuschränken. Wir wissen, dass immer noch viele Menschen, insbesondere aus beruflichen Gründen, auf ihren Wagen angewiesen sind. Es geht vielmehr darum, den Treibstoffverbrauch und damit den Schadstoff-Ausstoß drastisch zu reduzieren. Da es sich beim Treibhauseffekt um ein globales Phänomen handelt, wird die Nachfrage nach verbrauchsarmen Fahrzeugen weltweit steigen. Volkswagen kann als einer der wichtigsten Arbeitgeber in Niedersachsen mit umweltfreundlichen „Volks-Wagen“ große Wettbewerbsvorteile erzielen.

Für ein besseres Mikroklima

Zu Lande, auf dem Wasser und in der Luft: Der zunehmende Verkehr führt zu großen Gesundheitsbelastungen durch Feinstaub. Hinzu kommt, dass der Verkehrslärm als Quelle gesundheitlicher Gefahren noch immer nicht ernst genommen wird.

Die Landesregierung hat durch schärfere EU-Vorgaben Zuständigkeiten für die Lärminderung und die Verbesserung der Luftqualität hinzugewonnen. Diese schiebt sie auf die Kommunen ab. Nur die leistungsstärksten Städte sind aber personell und finanziell in der Lage, wirksame Luftreinhalte- und Lärminderungspläne auszuarbeiten und umzusetzen.

Die Landesregierung hat es sogar versäumt, die Daten über die Lärmbelastung an Flughäfen, Bahntrassen, Autobahnen und Bundesstraßen rechtzeitig vorzulegen – obwohl sie dazu gesetzlich verpflichtet ist.

Wir wollen nicht hinnehmen, dass die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger dem Gutdünken der jeweiligen Ratsmehrheit einer Gemeinde ausgeliefert ist. Das rot-grüne Hannover zum Beispiel richtet bereits eine Umweltzone ein und verbietet Fahrzeuge ohne Partikelfilter und wirksame Abgasreinigung aus der Innenstadt. Auf vergleichbare Anstrengungen zur Minderung des Feinstaubes müssen die Bürgerinnen und Bürger im CDU-geführten Braunschweig verzichten.

Das Land muss die Gesundheit seiner Bürgerinnen und Bürger schützen! Saubere Luft und weniger Lärm – das muss überall in Niedersachsen erreicht werden. Wir unterstützen Kommunen, die sich für die Gesundheit ihrer Bürger einsetzen: Auf Wunsch sollen gesamte Orte zur Tempo-30-Zone erklärt werden. Ausnahme sind die Bundesstraßen. Wir wollen auch Anreize zur Bevorzugung besonders schadstoffarmer Fahrzeuge für die Kommunen schaffen, zum Beispiel durch das kostenlose Benutzen von öffentlichen Parkplätzen. Niedersachsen darf im Bundesrat nicht länger das Bereitstellen von Carsharing-Stellplätzen im öffentlichen Verkehrsraum blockieren. Schadstoffe und Lärm an der Quelle vermindern – das hat für uns Vorrang! Dafür brauchen wir saubere und leise Fahrzeuge, eine effektivere Verkehrssteuerung sowie einen Verzicht auf Nachtflüge, insbesondere am Flughafen Langenhagen. Das Land muss seine Instrumente gegen einen Ausbau der Regionalflughäfen, etwa in Braunschweig oder Kassel-Calden, endlich nutzen und die Gesundheitsinteressen der Anwohnerinnen und Anwohner besser berücksichtigen.

Vorfahrt für Bus und Bahn

Wir lehnen die Privatisierung der Bahninfrastruktur ab. Das Schienennetz muss im öffentlichen Besitz bleiben. Wir setzen uns dafür ein, dass stillgelegte Strecken und Haltepunkte wieder in Betrieb genommen werden. Wichtige Lückenschlüsse sind neu zu bauen. Bahnhöfe müssen erhalten, attraktiver gestaltet und zu modernen Umsteige- und Informationszentren entwickelt werden. Niedersachsens Bahnen brauchen einen anschlussicheren Taktfahrplan. Ein Tarifverbund soll Fahrgästen bei allen Verkehrsmitteln eine attraktive Mobilität ermöglichen. Zu diesem Zweck werden wir eine individuelle Mobilcard einführen, die eine einfache und sichere Abrechnung der Fahrten ermöglicht. Kombiniert wird die Karte mit einem Internet-Portal, das die Fahrpläne und Kundeninformationen aller ÖPNV-Anbieter des Landes sowie angrenzender Regionen vorhält.

Busse und Bahnen haben eine bessere Öko-Bilanz als das Auto – und die Öffis gewährleisten die Mobilität der wachsenden Zahl älterer Menschen in unserer Gesellschaft. In verschiedenen Regionen unseres Landes sind der demografische Wandel und eine abnehmende Siedlungsdichte zu beobachten. Deshalb ist die Förderung des ÖPNV zukünftig gezielter auf die effizientesten Angebote und die tatsächlichen Bedarfsgruppen zuzuschneiden.

Es ist absurd, dass der besonders klimaschädliche Flugverkehr bislang völlig steuerfrei bleibt. Die Deutsche Bahn hingegen ist einer der größten Mehrwertsteuerzahler. Wir wollen über eine Bundesratsinitiative den Mehrwertsteuersatz auf Bahnfahrkarten halbieren. Dafür sollen im Flugverkehr endlich die Mehrwertsteuer, die Besteuerung von Flugbenzin und eine Ticketabgabe eingeführt werden.

Wir wollen eine möglichst umsteigefreie Anbindung der wichtigsten touristischen Ziele an den Bahnverkehr. Busse sollen das Schienennetz optimal ergänzen und als Zubringer für die Bahn dienen. Bedarfsverkehre wie Rufbusse und Sammeltaxen schließen den ländlichen Raum an den öffentlichen Verkehr an. Wir wollen das Radwegenetz ausbauen und eine kostenlose Fahrradmitnahme in den Öffis ermöglichen. Die Einschränkungen des ÖPNV-Angebots wegen der vom Bund gekürzten Regionalisierungsmittel werden wir zurücknehmen. Die Einnahmen, die dem Land aus der Erhöhung der Mehrwertsteuer zufließen, wollen wir teilweise für attraktive Alternativen zum eigenen PKW vorhalten.

Güter auf Schiene und Wasserstraßen

Güterverkehr soll verstärkt auf Bahn und Binnenschiffe verlagert werden. Zu diesem Zweck unterstützen wir regionale Güterteil- und Verkehrszentren für einen kombinierten Ladungsverkehr. Industrie-

stammgleise sind auszubauen und Gewerbegebiete so weit wie möglich an Schienentrassen anzubinden. Nachdrücklich werden wir uns für eine verbesserte Schienenanbindung der norddeutschen Häfen einsetzen, um vor allem den Container-Verkehr stärker von der Straße auf die Schiene zu lenken. Wegen der stark wachsenden Güterverkehre wollen wir kurzfristig mit den Bundesländern Bremen und Hamburg ein gemeinsames, zukunftsgerechtes Schienenausbaukonzept erarbeiten. Dieses soll die neuralgischen Knoten und die Hauptlinien neu überplanen. Wir wollen das Konzept zusammen mit den anderen Ländern gegenüber dem Bund und der Deutschen Bahn AG durchsetzen. Vorhandene Bahnstrecken und -trassen müssen reaktiviert, saniert, ausgebaut, und modernisiert werden. Wo das nicht ausreicht, um wachsende Verkehre auf der Schiene zu bewältigen, sind auch Neubau-Maßnahmen erforderlich. Keine Riesen-Lastwagen auf unseren Straßen: Das ökologisch unsinnige und verkehrsfährdende GigaLiner-Experiment darf nicht fortgesetzt werden.

Der Güterverkehrsträger mit den geringsten CO₂-Emissionen ist mit großem Abstand das Binnenschiff. Die Wasserstraßen im Binnenland können noch weitere Mengen transportieren. Wir wollen das Kanalnetz, insbesondere den Elbe-Seitenkanal, Stichkanäle und die Binnenhäfen für das Großmotorgüterschiff durchgängig befahrbar machen – mit möglichst geringen Natureingriffen. Die Häfen sind mit entsprechenden Umladestationen insbesondere für Zubringerverkehre auf der Schiene auszustatten.

Zentrales Ziel unserer Seehafenpolitik ist eine norddeutsche Hafenkooperation, um Ladungsverkehre, insbesondere den weiter wachsenden Containerverkehr, arbeitsteilig abzuwickeln. Knappe öffentliche Mittel dürfen nicht länger im Ausbauwettbewerb der Häfen untereinander verpulvert werden. Aufgrund seiner geografischen Lage und des naturgegebenen tiefen Fahrwassers muss der JadeWeserPort zu dem deutschen Tiefwasserhafen werden. Weitere Vertiefungen von Unterelbe und Außenweser sind damit überflüssig.

Wir wollen, dass private Betreiber die Finanzierung der Infrastruktur in den niedersächsischen Seehäfen übernehmen. Für öffentliche Dienstleistungen sind in Abstimmung mit den Standorten auch in benachbarten EU-Staaten kostendeckende Hafengebühren zu erheben. Seeschiffe werden in der Regel mit Schweröl betrieben – sie sind damit noch immer schwimmende Sondermüllverbrennungsanlagen. Internationale Regelungen müssen dies unterbinden. Bis dahin sind die Dreckschleudern zumindest in den Häfen zwingend an eine externe Stromerzeugung anzuschließen. So soll kurzfristig zumindest dort der Auswurf von Stickoxiden, Feinstaub und anderen Schadstoffen verringert werden. Besonders umweltfreundliche Schiffe sollen durch ein Bonus-Malus-System bei den Hafen- und Lotsengebühren belohnt werden.

Mehr Meer braucht mehr Deich

Für Sicherheit an den Küsten: Durch den Klimawandel steigt der Meeresspiegel erheblich an, Sturmfluten nehmen an Intensität und Häufigkeit zu. Allein durch die thermische Ausdehnung des Wassers erwarten Forscherinnen und Forscher einen Anstieg von bis zu einem halben Meter noch innerhalb dieses Jahrhunderts. Das in jüngster Zeit verstärkte Abschmelzen des Festlandeis der Westantarktis und Grönlands verstärkt diesen Trend. Klimabedingte Verlagerungen der Meeresströmungen könnten das Wasser in der Deutschen Bucht zusätzlich um einen Meter ansteigen lassen. Die Küstenschutzanlagen sind nach den aktuellen Erkenntnissen der Wissenschaft deshalb in Niedersachsen um mindestens 80 Zentimeter zu erhöhen – weit mehr also, als CDU und FDP bisher planen.

Natur- und Landschaftsschutz fördern

Im Naturschutz hat der so genannte Umweltminister Hans-Heinrich Sander (FDP) agiert wie die Axt im Walde. Ein besonders plakatives Beispiel: seine Kettensägenaktion im Biosphärenreservat Elbtalaue, wo Herr Sander eigenhändig besonders geschützte Bäume gefällt hat. Und zwar entgegen europäischem und niedersächsischem Naturschutzrecht. Im europaweiten Schutzgebietsnetz „Natura 2000“ hat Sander Niedersachsen zum europäischen Schlusslicht beim Erhalt unseres Naturerbes gemacht. Aus dem Vertragsnaturschutz wollen viele Bäuerinnen und Bauern frustriert aussteigen, weil der Minister die Bedingungen so verschlechtert hat. Die Naturschutzfachbehörde, das Landesamt für Ökologie, wurde kurzerhand zerschlagen, um Fachleute, Kritikerinnen und Kritiker mundtot zu machen. Statt die Umweltverbände in ihrer wichtigen Rolle als Anwälte der Natur ernst zu nehmen, wurden ihnen Beteiligungsrechte und Förderung zusammengestrichen. Nachdem fünf Jahre lang diese neue, destruktive Spezies von Hausbesetzern aus der FDP das Umweltministerium verwüstet hat, bedarf es umfassender politischer Aufräumarbeiten. Wir krempeln die Ärmel hoch!

Die niedersächsischen Schutzgebiete, die Nationalparke Niedersächsisches Wattenmeer und Harz, das Biosphärenreservat Elbtalaue, unsere Natur- und Landschaftsschutzgebiete sind die Perlen unserer Landschaft. Durch konsequenten Schutz dieser Gebiete müssen diese Perlen endlich wieder glänzen. Deshalb soll das europäische Schutzgebietsnetz „Natura 2000“, also Flora-Fauna-Habitat- (FFH) und EU-Vogelschutzgebiete, vollständig ausgewiesen werden. Erst die Schnur macht aus Perlen eine Kette:

Deshalb brauchen wir vor allem in unserer Agrarlandschaft ein Verbundsystem von Hecken, Feldgehölzen, Gewässerrandstreifen und Säumen.

Über 60 Prozent der Fläche Niedersachsens wird landwirtschaftlich genutzt. Viele seltene Tier- und Pflanzenarten sind auf eine naturnahe Landwirtschaft angewiesen. Vor allem feuchtes Grünland hat in Niedersachsen eine hohe Bedeutung: Hier wachsen selten gewordene Orchideenarten und Sumpfdotterblumen, hier brüten Vogelarten wie Kiebitz und Uferschnepfe. Und hier rasten nordische Gänse, für die wir „der Süden“ sind. Diese Flächen gilt es gemeinsam mit den Bäuerinnen und Bauern zu erhalten und zu entwickeln. Deshalb wollen wir im Rahmen der EU-Agrarförderung einen klaren Schwerpunkt auf naturnahe, extensive Landwirtschaft legen. Dabei müssen der Vertragsnaturschutz ausgebaut und ökologische Leistungen der Landwirtschaft – wie Ökolandbau oder Landschaftspflege – aus Agrarumweltprogrammen honoriert werden. Dafür werden wir kein Geld verschwenden für den Ausbau der Feldwege zu Treckerrennbahnen und auf unsinnige Flurbereinigungsmaßnahmen verzichten.

Nasses Moor ist gut für´s Klima

Moore sind ein wertvoller Bestandteil unserer niedersächsischen Landschaft. Knapp 4.500 Quadratkilometer Hoch- und Niedermoor sind wichtige Speicher für Klimakiller, vor allem CO₂ und Methan. Für großflächigen Torfabbau und intensive landwirtschaftliche Nutzung wurden unsere Moore fast vollständig entwässert. Dadurch werden die zum Teil seit Jahrtausenden im Moor gespeicherten Treibhausgase wieder freigesetzt: Immerhin etwa 8,5 Prozent der menschengemachten CO₂-Emissionen in Niedersachsen stammen aus entwässerten Mooren.

Was ist zu tun? Wir stehen für konsequenten Moorschutz, also eine strikte Begrenzung des Torfabbaus und die konsequente Wiedervernässung trockengelegter Hoch- und Niedermoore. Damit kann die permanente Klimagasfreisetzung gestoppt – und unter günstigen Bedingungen der Speicher sogar wieder aufgefüllt werden. Das nutzt dem Klima und ist gut für die Natur: Moorfrosch, Ziegenmelker oder Sonnentau finden so neuen Lebensraum.

Lebendige Gewässer

Alle Pläne zu Vertiefungen müssen gestoppt werden – bei Untereibe, Unter- und Außenems sowie Außen- und Unterweser. Die für den Hochwasserschutz im Binnenland erforderlichen Überschwemmungsgebiete sind zu erweitern beziehungsweise wieder herzustellen. Wo irgend möglich, sind Fließgewässer inklusive ihrer Auen und Altarme zu erhalten oder zu renaturieren. Entsprechende Maßnahmen sind ein Beitrag zum Natur- und Artenschutz – und sie vermindern die Pegelstände bei Hochwas-

ser. Im Jahr 2000 hat das Europäische Parlament die Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) verabschiedet. Erst 2004 hat Niedersachsen mit der Umsetzung begonnen. Wir begrüßen das Ziel, dass 2015 alle Gewässer einen „guten ökologischen Zustand“ erreicht haben sollen. Die Landesregierung tut alles gegen dieses Ziel: Sie schönert die Bestandaufnahme und schwächt die Umweltziele deutlich ab. Schwarz-Gelb demotiviert die Mitglieder in den Gebietskooperationen dadurch, dass für Maßnahmen kaum Geld vom Land zu erwarten ist. Wir GRÜNE wollen eine nachhaltige Wasserpolitik – nicht nur auf dem Papier. Wir setzen uns für eine konsequente Umsetzung der europäischen Umweltziele in Niedersachsen ein. Die Ziele der WRRL müssen für alle gelten.

Nachhaltige Lösung gesucht: Weser und Werra nicht versalzen

Das hessische Unternehmen K + S AG (ehemals Kali und Salz AG) plant über eine Pipeline jährlich 700.000 Kubikmeter Salzlake in die Werra einzuleiten. Damit würde auch die Weser durch zusätzliche Salzfrachten belastet – mit erheblichen Folgen für Artenvielfalt, Landwirtschaft, Tourismus und Trinkwasserversorgung. Das Unternehmen beruft sich auf kriegsbedingt genehmigte Grenzwerte von 2500 Milligramm Salz pro Liter Werrawasser. Die Regelung stammt aus dem Jahr 1942. Die Länderarbeitsgemeinschaft Wasser hat hingegen einen Grenzwert von 100 Milligramm Chlorid pro Liter Flusswasser vorgeschlagen.

Bündnis 90/Die Grünen wollen nicht, dass Flüsse als Abwasserkanäle missbraucht werden. Wir lehnen die zusätzliche Versalzung von Weser und Werra ab. Die Wasserrahmenrichtlinie muss auch für K+S gelten. Die Landesregierung muss daher mit allen rechtlichen und politischen Möglichkeiten intervenieren. Sie muss sich insbesondere bei der hessischen Landesregierung für ökologisch nachhaltige Lösungen einsetzen, die eine zusätzliche Versalzung von Werra und Weser ausschließen.

Bodenabbau begrenzen

Der Torfabbau, auch Sand-, Kies-, Ton- und Gipsgewinnung reißen empfindliche Wunden in die Landschaft. Deshalb setzen wir uns dafür ein, durch Bodenabbau gewonnene Rohstoffe möglichst mit Recyclingprodukten zu ersetzen: Kompost ist ein hervorragender Ersatz für Torf. Mit REA-Gips kann der Gipsabbau zum Beispiel in der Harzer Gipskarstlandschaft vollständig vermieden werden. Wir müssen die im Landesraumordnungsprogramm ausgewiesenen Vorranggebiete für den Bodenabbau deutlich

reduzieren. Um Flächen zu schonen, sind bestehende Abbaustätten optimal zu nutzen. Dazu schlagen wir eine regionale Abbauleitplanung für bestehende Rohstoffgewinnungsgebiete vor. Diese soll die Vorhaben unterschiedlicher Unternehmen steuern, geplante Maßnahmen optimieren und den unvermeidbaren Bodenabbau mit den Belangen von Natur und Landschaft in Einklang bringen.

Projekt: „Biosphärenreservat Südharzer Gipskarst“

Zehn Jahre Absichtserklärungen ohne Taten sind genug!

GRÜNE plädieren für den Schutz der einmaligen Südharzer Gipskarstlandschaft über die Ländergrenzen mit Thüringen und Sachsen-Anhalt. Wir setzen uns dafür ein, dass endlich ein Biosphärenreservat zum Erhalt der landschaftlichen Schönheit und der einzigartigen Lebensgemeinschaften dieses Ökosystems eingerichtet wird. Und zwar bevor das Gebiet restlos den Baggerschaufeln zum Opfer fällt. Es wird höchste Zeit...

Wälder schützen

Trockene und heiße Sommer, Borkenkäferbefall und heftige Stürme belasten zunehmend unsere Wälder. Um dem entgegen zu wirken, geht kein Weg vorbei an einer naturnahen Waldwirtschaft mit heimischen Baumarten. Standortgerechte Laub-Mischwälder trotzen den häufigeren Wetterextremen in der Zukunft viel besser. Und sie begrenzen auch die Massenvermehrung des Borkenkäfers, der sich in Fichtenmonokulturen besonders wohlfühlt.

Wir übernehmen die Verantwortung für einen naturnahen Wald als Erholungsgebiet und als Lebensraum für Tiere und Pflanzen. Wir GRÜNE werden die Holzeinschläge in den Landesforsten wieder auf ein ökologisch verträgliches Maß reduzieren und den naturnahen Umbau der Wälder vorantreiben. Alle Landesforsten sollen künftig nach dem Siegel Forest Stewardship Council (FSC) zertifiziert werden, das ökologische Standards einer nachhaltigen Forstwirtschaft garantiert. Private Eigentümerinnen und Ei-

gentümer wollen wir beraten und gegebenenfalls individuell fördern beim naturnahen Umbau ihrer Wälder.

Fünf Jahre Sander im Umweltressort waren fünf Jahre Zerschlagung der erforderlichen Verwaltungsstrukturen. Hier gilt es wichtige Wiederaufbauarbeit zu leisten! Den Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz wollen wir durch eine qualifizierte Fachbehörde für Natur- und Umweltschutz mit ausreichend Personal ersetzen.

Die wichtige Arbeit der Naturschutzverbände mit ihren zahlreichen ehrenamtlichen Expertinnen und Experten vor Ort wollen wir stärken. Wir halten es für notwendig ihnen umfassende Beteiligungsmöglichkeiten zu sichern und durch institutionelle Förderung aus dem Landeshaushalt, ein Mindestmaß an professioneller Arbeit zu finanzieren.

Projekt: Naturschutzstationen mit vielen Akteuren etablieren

Für einen naturnahen Tourismus wollen wir Naturschutzstationen, sogenannte Biologische Stationen einrichten. Vor allem in großräumigen Schutzgebieten ist eine Vielzahl von Akteuren einzubinden. Die landwirtschaftlichen Flächen müssen weiter leicht nutzbar sein und gleichzeitig den zu schützenden Tier- und Pflanzenarten gute Lebensraumbedingungen bieten. Landwirtschaft und Naturschutz in Kooperation müssen dafür vor Ort speziell abgestimmte Konzepte entwickeln und flexibel umsetzen.

Wir wollen lokale Naturschutzstationen etablieren, die Land oder Landkreise und Verbände gemeinsam betreiben. Wenn sich die Akteure persönlich kennen, entstehen mögliche Konflikte erst gar nicht oder werden frühzeitig ausgeräumt. Biologische Stationen vermitteln Besucherinnen und Besuchern vor Ort wichtige Informationen und fördern den naturnahen Tourismus.

Raumentwicklung steuern

Mit dem Landesraumordnungsprogramm wollen wir die künftige Siedlungspolitik steuern und sie am tatsächlichen Bedarf und der vorhandenen Infrastruktur ausrichten. Solche Planungen vermeiden Ver-

kehr, schonen die Umwelt und sparen Steuergelder. Gegen Zersiedlung und unnötigem Bodenabbau: Nur landesweit oder in größeren Regionen lassen sich wichtige Freiräume sowie Erholungs- und Naturschutzzonen schützen. Damit kann die Landesraumordnung auch den Klimawandel begrenzen.

Es ist ein schwerer Fehler der CDU/FDP-Landesregierung, auf solche Instrumente künftig verzichten zu wollen. Auch wird ohne Not eine obergerichtlich bestätigte Zielsetzung der Landesentwicklung aufgegeben: Sogenannte Factory Outlet Center (FOC) sollen künftig nicht mehr nur in Oberzentren, sondern auch im ländlichen Raum zugelassen werden. Eine solche Politik schafft immer neue Verkehrsströme, sie schadet massiv auch dem innerstädtischen Einzelhandel und ist mittelstandsfeindlich.

Anders reisen

Wir wollen die niedersächsischen Tourismusregionen als Alternative zum klimabelastenden Fernurlaub stärken. Vorrangig sollten dabei naturnahe Tourismusangebote wie Wassersport, Radwandern, Klettern oder Reiten gefördert werden. Die Tourismusregionen müssen mit Bus und Bahn gut erreichbar sein. Das gilt für Harz und Heide ebenso wie für die Nordseeküste.

Die touristische Infrastruktur ist im Gegensatz zu anderen europäischen Regionen vernachlässigt worden. Niedersachsen muss hier deutlich aufholen. Auch mit Hilfe von EU-Mitteln wollen wir die touristischen Angebote deutlich verbessern, denn dort sind öffentliche Mittel sinnvoller eingesetzt, als in Großprojekten wie dem klimaschädlichen „Snowdome“ in der Lüneburger Heide oder der „Bavaria Alm“ im Harz.

Nachhaltige Landwirtschaft

Leitbild unserer Agrarpolitik ist der ökologische Landbau. Die von Renate Künast eingeleitete Agrarwende trägt längst Früchte. „Bio“ ist gefragter denn je. Wir könnten auch in Niedersachsen längst weiter sein, wenn Landwirtschaftsminister Ehlen nicht die Förderung des Ökolandbaus drastisch zusammengestrichen hätte.

Selbstverständlich muss auch die konventionelle Landwirtschaft umwelt- und sozialverträglich arbeiten und konventionelle Lebensmittel müssen gesundheitlich unbedenklich sein. Die diversen Lebensmittelskandale verlangen stärkere Kontrollen – nicht deren schleichenden Abbau.

Ökolandbau schützt Klima

Der hohe Anteil der Landwirtschaft an den Treibhausgas-Emissionen muss deutlich reduziert werden. Das aus der synthetischen Stickstoffdüngung frei werdende Lachgas macht etwa fünf, das aus der Viehhaltung entweichende Methan sogar rund acht Prozent am Ausstoß klimaschädlicher Gase hierzulande aus. Auch vor diesem Hintergrund wollen wir den Ökolandbau zum Maßstab der Agrarpolitik in Niedersachsen machen.

Schon das Herstellen eines Kilogramms Biobrot braucht etwa ein Drittel weniger Primärenergie als die Produktion eines Kilos konventionellen Brots. Generell spart die ökologische Bewirtschaftung bezogen auf den Ertrag etwa 50 Prozent der klimaschädlichen Emissionen ein. Die größere Speicherfähigkeit der so beackerten Böden vermindert überdies den Schaden bei Wetterextremen wie Starkregen. Und durch ihren hohen Humusgehalt binden die Böden zusätzlich bis zu 3.000 Kilogramm Kohlendioxid pro Hektar.

Beim Ökolandbau geht es längst um mehr als Klimaschutz. Nach zahlreichen Lebensmittelskandalen wenden sich immer mehr Verbraucherinnen und Verbraucher ab von Waren aus agrarindustrieller Produktion. Es ist empörend, dass die CDU/FDP-Landesregierung die Entwicklung des Öko-Landbaus behindert, während Bio-Ware längst in jedem Supermarkt nachgefragt wird und das Angebot kaum noch mithalten kann.

Wir wollen die ökologische Landwirtschaft in Niedersachsen massiv ausweiten und zu diesem Zweck wie andere Bundesländer die Umstellungsförderung wieder einführen. Mit Vermarktungshilfen für Bio-Produkte sowie andere garantierte Qualitätserzeugnisse werden wir die landwirtschaftliche Wertschöpfung verbessern. So sichern wir auch Einkommen und Arbeitsplätze im ländlichen Raum. Damit dies transparent geschieht, fordern wir insgesamt das Offenlegen der Adressaten europäischer Agrarförderung – auch um Fehlsubventionen zu verhindern.

Gentechnikfreies Niedersachsen

Der ökologische Landbau lehnt die Gentechnik in seinen weltweit verbindlichen Richtlinien strikt ab. Auch die konventionelle Landwirtschaft muss gentechnikfrei bleiben: Ein Nebeneinander von Landwirtschaft mit und ohne Gentechnik wird auf Dauer nicht funktionieren. Außerdem lohnt es sich auch wirtschaftlich, die wachsende Nachfrage nach gentechnikfreien Lebens- und Futtermitteln zu bedienen. Wir wollen Niedersachsen deshalb zur agro-gentechnikfreien Zone machen.

Ob heimliche Freilandversuche, verstecktes Vermischen von Maissaatgut mit gentechnisch verändertem Saatgut oder Sortenprüfungen mit Pflanzen, bei denen ökologische und gesundheitliche Risiken nachgewiesen wurden: Diese Skandale gefährden die Existenz von konventionell und biologisch wirtschaftenden Betrieben, Imkerinnen sowie Imkern. Wissenschaftliche Belege für die unabsehbaren Risiken der Agro-Gentechnik gibt es längst.

80 Prozent der Verbraucherinnen und Verbraucher lehnen gentechnisch veränderte Lebensmittel ab. Wir fordern deshalb auch die Kennzeichnungspflicht für tierische Produkte, wenn die Tiere mit gentechnisch verändertem Futter ernährt wurden.

Wir werden auf allen politischen Ebenen die Ökologisierung der konventionellen Landwirtschaft vorantreiben. Mit weniger Massentierhaltung, weniger Stickstoffdüngung, weniger giftigen Pflanzenschutzmitteln und weniger Energieeinsatz kann auch die konventionelle Landwirtschaft einen erheblichen Beitrag zu Umwelt- und Klimaschutz leisten.

Gesundes Essen ohne Skandale

Immer neue Lebensmittelskandale kennzeichnen die agrarindustrielle Produktion. Massentierhaltung begünstigt Erkrankungen wie Schweinepest, Maul- und Klauenseuche oder BSE. Auf Grundlage dieser Produktion hat sich eine europaweit agierende Futtermittel- und Fleischindustrie etabliert, die immer wieder mit ihren kriminellen Machenschaften in die Schlagzeilen gerät. Als GRÜNE kämpfen wir deshalb für regionale Wirtschaftskreisläufe in der Lebensmittelherstellung, für artgerechte Haltungsbedingungen und für ein strenges Kontrollregime im Sinne der Verbraucherinnen und Verbraucher. Die von CDU und FDP vorgenommenen Kürzungen bei den Zuschüssen für die Verbraucherzentralen sind zurückzunehmen.

Mit Abermillionen Schweinen, Legehennen und Masthähnchen, vor allem in Süddoldenburg, ist Niedersachsen der „Agrar-Multi“ unter den Bundesländern. Die massenhafte Haltung quält Nutztiere und belastet auch Boden, Luft, Grundwasser und Menschen. In keiner anderen Region des Landes gibt es eine derartige Häufung von Bronchialerkrankungen schon bei Kindern – ein sicheres Indiz dafür, dass der vorgehaltene Viehbestand jedes gesunde Maß überschreitet. Unser Ziel ist es deshalb, den Zubau neuer Mastställe zu stoppen und den Tierbestand zu reduzieren. Dazu gehört auch eine flächengebundene Tierhaltung.

In Niedersachsen gibt es rund 55.000 landwirtschaftliche Betriebe. Nur wenige davon wirtschaften bislang biologisch, aber fast alle haben nichts gemein mit Agrarindustriellen. Ihre Überlebenschance hängt

davon ab, ob sie sich einer umweltschonenden Qualitätsproduktion zuwenden. Den Weg dahin wollen wir ihnen bahnen.

Um Grünlandbewirtschaftung wieder einer angemessenen Wertschätzung zuzuführen, sind traditionelle Bewirtschaftungsformen wie die Weidehaltung zu honorieren.

Wir wollen niemandem seinen Speiseplan vorschreiben. Es ist aber unbestreitbar, dass fleischreduzierte Kost einen Beitrag zum Klimaschutz leistet und auch gesundheitliche Vorteile bietet. Der Methanausstoß aus der Rinderhaltung ist ein Faktor beim Anstieg der Treibhausgase. Die weltweiten Rodungen zur Bereitstellung entsprechender Weideflächen beeinträchtigen ebenfalls das Klima.

Tiere als Mitgeschöpfe achten

Um dem Tierschutz Nachdruck zu verleihen, wollen wir anerkannten Tierschutzverbänden ein Klage-recht einräumen. Qualzuchten müssen als solche definiert und endlich wirksam unterbunden werden – genau wie das Verstümmeln von Tieren. Tierquälende Haltungssysteme in Landeseinrichtungen werden wir abschaffen. Die tierquälende Haltung von Legehennen in kleinen Käfigen prangern wir weiter an, auch wenn diese jetzt „ausgestaltete Käfige“ heißen. Tiertransporte wollen wir auf Fahrten zum nächstgelegenen Schlachthof, höchstens auf vier Stunden begrenzen. Mit Hilfe strenger Kontrollen ist das Einhalten der veterinär- und tierschutzrechtlichen Vorgaben zu gewährleisten. Auch die Jagd muss sich an den ökologischen Notwendigkeiten orientieren. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass seltene oder in ihrem Bestand deutlich zurückgehende Arten nicht mehr bejagt werden. Entsprechend müssen die Jagdgesetze des Bundes und des Landes dringend geändert werden.

II. KINDER UND WISSEN

Die umfassende Bildung aller Menschen ist eine Voraussetzung für die ökonomische, soziale und kulturelle Entwicklung unserer Gesellschaft. Wir wollen alle Talente fördern. Dafür brauchen wir einen grundlegenden Umbau unseres Bildungssystems. Ein leistungsfähiges Bildungsangebot gehört zu den bedeutendsten Grundlagen und Voraussetzungen für die Verbesserung der Lebensqualität und die Förderung von Beschäftigung.

In keiner anderen Industrienation hängt der Bildungserfolg so stark von der sozialen Herkunft ab wie in Deutschland.

Eltern haben die herausragende Verantwortung für die Entwicklung der Kinder vom Tag ihrer Geburt an. Wir wollen sie in dieser Rolle stärken. Wir wollen alle Talente fördern, denn jedes Kind hat ein Recht auf bestmögliche Bildung.

Für unsere Kinder ist uns nichts zu teuer !

Das deutsche Bildungssystem ist im internationalen Vergleich deutlich unterfinanziert.

Es sind zusätzliche Mittel notwendig für den Ausbau der frühkindlichen Bildung und die individuelle Förderung aller Schülerinnen und Schüler. Das gilt insbesondere für die Qualifizierung von Personal und die Bereitstellung eines umfassenden Beratungs- und Unterstützungssystems. Zusätzliche Finanzmittel benötigen wir ebenso zur Verbesserung der Studienbedingungen an den Hochschulen. In den nächsten Jahren werden Haushaltsmittel durch verringerte Schülerzahlen und das Abschaffen des Sitzenbleibens frei. Dieses Geld muss im Bildungsbereich verbleiben und für eine bessere individuelle Förderung eingesetzt werden. Darüber hinaus wollen wir den Ausgabenanteil für Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen im Landeshaushalt erhöhen.

Starker Start für kleine Kinder

Wir wollen die Zahl der Krippenplätze in Niedersachsen dem Bedarf entsprechend erhöhen. Zur Zeit können nur fünf Prozent der Kinder eines Jahrgangs in Krippen betreut werden. Die geringe Versorgungsquote ist ein bildungspolitischer Skandal und weist Niedersachsen im Bundesvergleich als Schlusslicht aus. Fehlende Angebote frühkindlicher Bildung hemmen auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Durch eine bessere Vernetzung von Kitas, Jugendhilfe, Sozial- und Gesundheitsdiensten wollen wir das Risiko der Kindesvernachlässigung minimieren. Nach der Geburt soll ein flächendeckendes Netz von Familienhebammen Eltern unterstützen. Es bedarf eines besseren Bildungsangebots für Eltern, was durch die Weiterentwicklung von Kindertagesstätten zu Familienzentren geschehen kann.

Alle Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr sollen einen Rechtsanspruch auf einen ganztägigen Kitaplatz erhalten. Mit einer Mischung aus freien Aktivitäten und altersgerechten Lernangeboten soll hier für alle Kinder, insbesondere auch die mit Handicap, der Übergang auf die Schule vorbereitet werden. Damit die Kitas den steigenden Anforderungen gerecht werden, ist die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher auf Hochschulniveau (Bachelor) anzuheben.

Wir wollen zur besseren Einbeziehung von zugewanderten Eltern und Kindern vermehrt Erzieherinnen und Erzieher mit Migrationshintergrund in den Kitas beschäftigen. Dabei wird eine leichtere Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse hilfreich sein.

Neue Schule für Niedersachsen

Die internationalen Bildungsvergleiche zeigen: Im deutschen Schulsystem werden die Leistungspotenziale der Kinder in der Spitze nicht ausreichend gefördert und in der Breite vernachlässigt. Der größte Skandal ist: Der Erfolg hängt entscheidend von der sozialen Herkunft ab. Die CDU/FDP-Landesregierung hat die Chancenungleichheit durch die Festigung des "Drei-Klassen-Schulsystems" noch zementiert. Wir setzen uns deshalb für eine Schule ein, in der kein Kind aussortiert wird. Alle Kinder – jene mit sonderpädagogischem Bedarf ebenso wie Hochbegabte – sollen individuell gefördert werden. Unser Leitbild ist die neunjährige gemeinsame Schule, die Neue Schule für Niedersachsen. Wir wollen die berechtigte Kritik von Bildungsforschung und internationalen Organisationen am selektiven deutschen Schulsystem aufgreifen und endlich von PISA-Siegerländern wie Finnland oder Kanada lernen.

Neue Lernkultur: ganztags - gemeinsam - gut

Die neunjährige gemeinsame Neue Schule respektiert die Unterschiedlichkeit von Kindern und Jugendlichen und macht diese zum Ausgangspunkt ihrer Arbeit. Hier lernen Kinder anwendungsbezogen und fächerübergreifend. Der Unterricht fördert die sozialen, kreativen und kognitiven Fähigkeiten der Jungen und Mädchen umfassend. Lehrerinnen und Lehrer öffnen die Ausbildung hin zu außerschulischen Lernorten und zum Gemeinwesen. Schluss mit den Zensuren: Neue Formen zur Dokumentation der Lern- und Leistungsentwicklung mit individueller Diagnose und Beratung sollen die Benotung ersetzen. Die Neue Schule befähigt Schülerinnen und Schüler zum eigenverantwortlichen Lernen, zur Beteiligung an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen und zum Bewältigen der Anforderungen des Erwerbslebens. Durch gemeinsames Lernen fördert sie die Entwicklung sozialer und kultureller Werte sowie den Aufbau einer solidarischen Zivilgesellschaft. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels sichert die Neue Schule Schulstandorte. Es ist kein Zufall, dass in Schleswig-Holstein gerade in ländlichen Regionen gemeinsame Schulen für alle eingerichtet werden. Angesichts sinkender Schülerzahlen ist die Neue Schule vor allem auf dem Lande die Gewähr für den Erhalt eines umfassenden, wohnortnahen Schulangebots.

Neun Jahre gemeinsam

Nach dem Kindergarten besuchen alle Kinder die Neue Schule, die sie in der Regel nach neun Jahren abschließen. Schnelle Lernerinnen und Lerner können die Schule früher beenden, langsamere erhalten mehr Zeit. Die äußere Differenzierung wird abgelöst durch eine Lehr- und Lernkultur, in der die individuelle Lern- und Leistungsentwicklung und Möglichkeiten zur eigenen Schwerpunktsetzung den Schulalltag bestimmen. Anschließend besuchen die Schülerinnen und Schüler entweder eine neu gestaltete gymnasiale Oberstufe oder machen eine berufliche Ausbildung. Die Oberstufe baut auf den pädagogischen Konzepten der Neuen Schule auf. Sie setzt das Konzept individuellen und gemeinsamen Lernens fort und bereitet auf Studium und Beruf vor. Der traditionelle Fächerkanon und das Abitur werden an die Erfordernisse einer zukunftsweisenden neuen Lern- und Unterrichtskultur angepasst. Kleinere Klassen sind zur Erreichung unserer bildungspolitischen Ziele erforderlich. Die Klassenhöchstgrenzen betragen in unserer Neuen Schule zwischen 22 und 25 Schülerinnen und Schüler.

Gutes Praxisbeispiel: IGS Franzshes Feld, Braunschweig – Preisträger Deutscher Schulpreis 2006

Die IGS Franzshes Feld bietet lebendige Anschauung dafür, wie eine humane Leistungsgesellschaft aussehen kann und wie gut es funktioniert, obwohl unterschiedliche, anspruchsvolle Ziele zugleich verfolgt werden: Das Entfalten individueller Fähigkeiten, aber auch Verantwortung für gemeinsame Aufgaben, für Schwächere oder Jüngere, entschiedenes Leistungsstreben, aber auch die Sorge dafür, dass niemand verloren geht, und dass nicht durch die Herkunft über die Zukunft entschieden wird.

Wie das geht? Durch eine ausbalancierte Mischung aus innerer und äußerer Differenzierung, durch lerndiagnostische Begleitung und Förderung, durch regelmäßige Evaluation, durch ausgewogene Arbeitseinheiten. Dazu gehören aber auch die Lehrerinnen- und Lehrerfortbildung, die Partnerschaft mit anderen pädagogischen Expertinnen und Experten und mit Spitzenleuten und Institutionen aus Wirtschaft, Sport, Kunst oder Wissenschaft.

Die IGS Franzshes Feld erscheint auf selbstverständliche und grundlegende Weise leistungsstark und demokratisch.

Nichts Halbes, sondern Ganzes

Niedersächsische Neue Schulen sind Ganztagschulen. Sie bieten mehr Zeit für kreative Lernformen und eine intensivere Förderung aller Schülerinnen und Schüler. Die Ganztagschule gestaltet ein attraktives Schulleben und nutzt neue Medien, öffnet sich zum Gemeinwesen und bezieht vielfältige externe Personengruppen in den Unterricht ein. Sie verbessert die Bildungschancen aller, insbesondere aber für

Benachteiligte. Und sie erleichtert den Eltern, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren. Wir wollen deshalb eine verbindliche Kernzeit, zum Beispiel bis 15.00 Uhr. Es ist in der Verantwortung der jeweiligen Schule einen neuen Tagesrhythmus mit vielfältigen Lern- und Förderangeboten sowie Phasen des eigenverantwortlichen Lernens zu entwickeln. Dazu gehören auch Kunst und Sport sowie selbstverständlich ein gesundes Mittagessen. Jedes Kind soll in den allgemeinbildenden Schulen täglich eine warme Mahlzeit bekommen. Die Schulträger werden bei der nötigen Ausstattung durch ein Investitionsprogramm des Landes unterstützt. Keine Schülerin und kein Schüler darf auf Grund der finanziellen Lage seiner Eltern vom Mittagessen ausgeschlossen werden.

Verantwortung für das pädagogische Konzept trägt die Schule vor Ort. Eltern, Schülerinnen und Schüler sind eng in diese Entwicklung einzubeziehen. Ein eigenes Budget, ein eigener Stellenplan und die Möglichkeit, neue Arbeitszeitmodelle zu kreieren, fällt in die Zuständigkeit der Neuen Schulen, die insoweit auch eigenverantwortliche Schulen sein werden. Allerdings müssen diese öffentlich Rechenschaft über ihre Leistungen ablegen.

Die Schulen werden umfassend beraten und unterstützt.

Neue Schulen sind Keimzellen der Demokratie, denn Kinder und Jugendliche gestalten das Schulleben von Anfang an aktiv mit. Eine paritätisch besetzte Schulkonferenz mit vielfältigen Beteiligungsformen gewährleistet, dass alle an der Schule lernenden und arbeitenden Menschen sowie die Eltern an den für sie relevanten Entscheidungen beteiligt sind.

Der Weg zur Neuen Schule

Die Schulen werden schrittweise zu neunjährigen gemeinsamen Neuen Schulen weiterentwickelt. Sie erarbeiten Konzepte, mit denen das Sitzenbleiben und die Abschulung überflüssig werden. Für die Förderung der Kinder wird die personelle Ausstattung in den Schulen ausgebaut.

Wir wollen das "Drei-Klassen-Schulsystem" abschaffen. Bereits ab 2008 können Schulen gemeinsam mit dem Schulträger die Umwandlung in eine neunjährige Neue Schule beantragen. Das derzeitige Schulsystem verhindert eine konsequente Integration von Kindern und Jugendlichen mit besonderem Förderbedarf in die allgemeinbildenden Schulen.

Kinder mit Förderbedarf brauchen die Vorbilder der lernstarken Schüler und Schülerinnen. Um eine möglichst umfassende Beschulung aller Kinder zu erreichen, wird entsprechend geschultes und gut ausgebildetes Personal aus Sonder- und Heilpädagogik sowie Erzieherinnen und Erzieher mit Zusatzqualifikation eingesetzt. Um auch altersübergreifendes Lernen in kleineren Klassenverbänden zu er-

möglichen (z.B. von der ersten bis zur dritten Klasse), werden die notwendigen baulichen Voraussetzungen geschaffen.

In Abstimmung mit den kommunalen Schulträgern wollen wir alle Schulen zu erfolgreichen Lernorten nach dem Leitbild der Neuen Schule entwickeln. Weiterführende Schulen der Sekundarstufe I sollen dann alle Abschlüsse anbieten. Das Sitzenbleiben und das Abschulen werden abgeschafft.

Im Rahmen des Umbaus unterstützen wir alle Vorschläge, die geeignet sind, im gegliederten Schulwesen eine neue Schul- und Unterrichtskultur zu verankern, die Entwicklung aller Talente zu fördern und das Ausgrenzen von Schülerinnen und Schülern zu verhindern. Die Übergangszeit wird genutzt für eine Qualifizierungsoffensive, in der Lehrkräfte und das andere pädagogische Personal auf die Arbeit in einer neuen Lernkultur und besonders auf den Umgang mit der Vielfalt der Schülerschaft vorbereitet werden. Zugleich soll die Lehrerinnen- und Lehrerausbildung entsprechend reformiert werden.

Berufliche Bildung

Die berufliche Ausbildung ist eine große Stärke des deutschen Bildungssystems. Sie ist aber auch ein Modell für den schrumpfenden Teil der Wirtschaft – nämlich für das Handwerk und für die klassische Industrieproduktion. Angesichts dieser ökonomischen Entwicklung verringert sich nicht nur der Bedarf entsprechender Bewerberinnen und Bewerber. Es steigt auch das Risiko, aus einem einmal erlernten Beruf heraus im Verlauf des Erwerbslebens arbeitslos zu werden.

Die von der CDU/FDP-Regierung initiierten Programme haben den ständig steigenden Mangel an betrieblichen Ausbildungsplätzen in Niedersachsen nicht gestoppt. In keinem anderen Bundesland ist die Aussicht auf einen Ausbildungsplatz im dualen System für Schulabgängerinnen und -abgänger so schlecht wie zwischen Ems und Elbe. Nur 37,5 Prozent der Bewerberinnen und Bewerber bekommen auf Anhieb einen betrieblichen Ausbildungsplatz. Gleichzeitig expandiert das sogenannte Übergangssystem stark. Darunter sind alle Maßnahmen und Programme zu verstehen, die außerhalb der regulären Ausbildung stattfinden und bisher zu keinem qualifizierenden beruflichen Abschluss führen.

Wir wollen, dass an die Stelle dieser Warteschleifen Qualifikationsmodule treten, die auf eine Berufsausbildung beziehungsweise auf Teilqualifikationen angerechnet werden und von den zuständigen Stellen anerkannt sind. Außerdem wollen wir die vollzeitschulische Berufsausbildung ausweiten. Unser Ziel ist es, allen jungen Menschen einen erfolgreichen Berufsabschluss zu ermöglichen.

Die Modularisierung der beruflichen Bildung soll auch die Durchlässigkeit zwischen den Ausbildungsgängen verbessern. Modulare Systeme sind angesichts des immer schnelleren technischen Wandels besser geeignet, flexibel auf die Anforderungen des Arbeitsmarktes zu reagieren.

Für diejenigen Jugendlichen, die vom schulischen Lernen nicht mehr erreicht werden, brauchen wir weitere "Produktionsschulen":

Gutes Praxisbeispiel: Produktionsschule Werk-statt-Schule in Hannover

In die Produktionsschule gehen berufsschulpflichtige Jugendliche, die ihre Vollzeitschulpflicht in der Regel ohne Schulabschluss beendet haben. Zielgruppe sind jene, die wahrscheinlich kein anderes schulisches Angebot annehmen werden. Die Produktionsschule organisiert das Arbeiten, Lernen und Zusammenleben in einem engen Zusammenhang. Sie strukturiert das praktische und theoretische Lernen durch die Produktion von Waren und das Anbieten von Dienstleistungen.

Auf dieser Grundlage verfolgt die Werk-statt-Schule folgende Ziele: Gemeinsam entwickeln und vermarkten Jugendliche Produkte und Dienstleistungen. Durch das Herstellen marktfähiger Güter und Dienstleistungen übernehmen die Jugendlichen Verantwortung, so dass Selbstbewusstsein sowie Selbstständigkeit gestärkt werden. Jugendliche können so kontinuierliche berufliche und betriebliche Erfahrungen sammeln, damit sie in Ausbildung und Beschäftigung vermittelt werden können.

Die Zahl der Ausbildungsverträge sinkt dramatisch: Selbst in den Metall- und Elektroberufen ist dieser Trend zu beobachten, obwohl sich die Zahl der offenen Stellen in dieser Branche in den letzten Jahren fast verdoppelt hat. Die Entwicklung dokumentiert ein nachlassendes Interesse der Unternehmen, ihren Fachkräftebedarf durch eigene Ausbildungsanstrengungen zu decken. Auch jene rund vier Fünftel der Unternehmen, die nicht ausbilden und ohne eigene Anstrengungen von der Ausbildung anderer Betriebe oder einer vollzeitschulischen Berufsausbildung profitieren, müssen ihrer Verantwortung für die Berufsausbildung endlich gerecht werden. Zahllose Appelle an die Wirtschaft, endlich mehr Lehrstellen bereit zu stellen, sind bisher ebenso erfolglos geblieben wie immer neue Ausbildungspakte mit der Wirtschaft. Deshalb wollen wir für nicht oder unterdurchschnittlich ausbildende Betriebe eine Ausbildungsplatzumlage einführen. Aus den Mitteln der Umlage werden die ausbildenden Betriebe unterstützt und die Ausweitung der vollzeitschulischen Berufsausbildung finanziert.

Offene Hochschule

Im Mittel der OECD-Staaten beginnt mehr als die Hälfte eines Geburtenjahrgangs eine akademische Ausbildung, in Australien, Schweden oder Finnland sind es sogar mehr als 70 Prozent. Deutschland verliert demgegenüber völlig den Anschluss. Nur die Tschechische Republik, Österreich und die Türkei

bilden prozentual weniger Akademikerinnen und Akademiker aus. Scheitern wir hierzulande daran, diesen Anteil beträchtlich zu erhöhen, verschärft sich das Fachkräfteproblem der deutschen Wirtschaft. Das gilt insbesondere in den Ingenieurs- und Naturwissenschaften, wo vor allem auch Frauen fehlen. Damit riskieren wir zugleich unsere wirtschaftliche und innovative Wettbewerbsfähigkeit. Es ist daher notwendig, die Zahl der Hochschulabsolventinnen und -absolventen in Niedersachsen massiv zu erhöhen.

Mehr und bessere Studienplätze

Die Hochschulpolitik des Landes darf nicht länger vom Finanzministerium definiert werden, es braucht vielmehr eine zukunftsweisende Wissenschaftspolitik. Im Rahmen des so genannten Hochschuloptimierungskonzeptes der CDU/FDP-Regierung wurden die verfügbaren Mittel der ohnehin unterfinanzierten Hochschulen um 50 Millionen Euro gekürzt. Die zusätzliche Aufnahme von Studienanfängerinnen und Studienanfängern, die die CDU/FDP-Landesregierung als Umsetzung des mit dem Bund und den anderen Bundesländern vereinbarten Hochschulpaktes plant, reicht bei weitem nicht aus, um den gesellschaftlich und wirtschaftlich notwendigen Ausbau der Studienanfängerplatzkapazitäten zu gewährleisten.

Es darf in Niedersachsen keine Billigvariante beim Ausbau der Studienplatzkapazitäten geben, welche die Studienbedingungen der Studierenden verschlechtert. Dies gilt insbesondere auch bei der Umstellung der Abschlüsse auf Bachelor und Master. Der quantitative Ausbau der Studienplatzkapazität muss auf qualitativ hohem Niveau erfolgen. Die Landesregierung will durch das Absenken der Betreuungsrelation zwischen Lehrenden und Studierenden zusätzliche Kapazitäten schaffen: Dieser Weg führt in eine Sackgasse. Der so genannte Zukunftsvertrag mit den niedersächsischen Hochschulen muss nachgebessert werden. Die Hochschulen brauchen einen Zukunftsvertrag, der diesen Namen auch verdient und Kosten für Energie- und Bauunterhaltung sowie Lohnkostensteigerungen mit abdeckt. Getragen werden müssen insbesondere die tatsächlichen Belastungen des notwendigen Ausbaus der Studienplatzkapazitäten. Nur so werden die Hochschulen ihre gesellschaftliche und wirtschaftliche Funktion für Niedersachsen entfalten können.

Um auch Studium und Lehre zu verbessern, schlagen wir vor, die Erlöse aus allen zukünftigen Veräußerungen von Landesvermögen in einen Bildungsfonds zu überführen. Aus den zukünftigen Zinserträgen des Fonds sollen innovative Hochschulprojekte finanziert werden, welche die Qualität der Lehre und des studentischen Lernens steigern. An der Ausgestaltung des Fonds sollen die Hochschulen mitwirken.

Gebührenfreies Erststudium

Niedersachsen ist Schlusslicht bei der Versorgung der eigenen Landeskinder mit Studienplätzen. Damit exportiert Niedersachsen auch qualifizierte Arbeitsplätze an Hochschulen und reduziert die wirtschaftlichen Entwicklungschancen des Standorts.

Studiengebühren schrecken junge Menschen von der Aufnahme eines Studiums ab. Dies gilt besonders für Jugendliche aus einkommensschwachen und bildungsfernen Schichten, immer häufiger aber auch für Mittelstandsfamilien. Die Option, sich noch vor Einstieg ins Berufsleben zu verschulden, lehnen die meisten verständlicherweise ab. Das unsoziale Kreditangebot zur Finanzierung des Gebührenmodells wird demzufolge kaum nachgefragt und läuft ins Leere. Wir wollen deshalb das gebührenfreie Erststudium für Bachelor und Master in Niedersachsen wieder einführen.

Das Bafög ist dringend an die gestiegenen Lebenshaltungskosten der Studierenden anzupassen.

Wir wollen die Durchlässigkeit des Bildungssystems stärken, um mehr Menschen eine Hochschulausbildung zu ermöglichen.

Hochschulen mit Zukunft

Wir wollen disziplin- und fachübergreifende Ansätze in Lehre und Forschung stärken, die mit eigenen Forschungsmethoden und unter Einbeziehung von Praxisakteuren Antworten entwickeln können. So werden Hochschulen und Studierende für die neuen Herausforderungen fit gemacht, Niedersachsen kann ein eigenes Wissenschaftsprofil entwickeln und eine Vorreiterrolle übernehmen.

Im Interesse einer Effizienzsteigerung des Hochschulsystems ist die Autonomie der Hochschulen weiter auszubauen: Berufsrecht, Bauherreneigenschaft und die strategische Entscheidung über die Ausrichtung sind auf die Hochschulen zu übertragen.

Zugunsten einer Profilierung der niedersächsischen Hochschulen ist die Kooperation und Vernetzung untereinander sowie zwischen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen – auch über die Grenzen Niedersachsens – zu forcieren.

Besonders die unzureichende Beteiligung von Frauen an Hochschulen gilt im internationalen Vergleich als ein eklatantes Exzellenzdefizit. Frauen müssen auf allen Ebenen des Wissenschaftsbetriebs, in Leitungspositionen und Fächergruppen, gleichberechtigt vertreten sein. Gleichstellungspolitische Ziele müssen als Teil des Qualitätsmanagements ausgebaut werden und bei der internen Mittelverteilung und den Zielvereinbarungen zwingend berücksichtigt werden.

Weiter bilden

Akademische Weiterbildung und lebenslanges Lernen muss zu einer wichtigen Aufgabe der Hochschulen werden, da sich die Anforderungen in der Berufswelt immer rascher verändern und sich Innovationszyklen verkürzen – ganz abgesehen vom allgemeinen technischen Fortschritt. Auch während oder nach der Berufsphase wird akademische Bildung nachgefragt. Deshalb plädieren wir für ein adäquates Angebot an Master-Studiengängen, Teilzeit-Studiengängen sowie die Zusammenarbeit mit örtlichen Weiterbildungsträgern. Jede Hochschule hat die Chance, Servicefunktionen für das jeweilige lokale Umfeld anzubieten.

Impulse der regionalwirtschaftlichen Entwicklung müssen auch von den akademischen Einrichtungen kommen. Mit der neuen Förderperiode der Europäischen Union wollen wir Innovationszentren an Hochschulen in allen niedersächsischen Regionen ansiedeln. Es bedarf solcher Cluster, um regionale Entwicklungen anzustoßen.

Auch außerhalb der Hochschulen steigt die Bedeutung der allgemeinen, kulturellen, politischen und beruflichen Erwachsenen- und Weiterbildung. Erwachsenenbildung ist ein zentraler Knotenpunkt im Netzwerk des lebenslangen Lernens. Deshalb sind für jede und jeden erreichbare, flächendeckende Angebote sicherzustellen. Um gesellschaftliche Teilhabe zu erweitern, muss Erwachsenenbildung jederzeit für alle Menschen und gesellschaftlichen Gruppen zugänglich, attraktiv und bezahlbar sein. Durch den Ausbau der Angebote für den zweiten Bildungsweg und Kurse für Migrantinnen und Migranten kann eine nachhaltige Einbindung ins kulturelle, politische und berufliche Leben unserer Gesellschaft unterstützt werden.

Nach Auflösung der Landeszentrale für politische Bildung muss diese Lücke durch eine verstärkte Förderung der politischen Bildung gefüllt werden – zum Beispiel durch eine institutionelle Absicherung bei den Erwachsenenbildungsträgern und der Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung.

Wir wollen regionale Netzwerke etablieren, in denen sich die Bildungseinrichtungen mit Akteuren aus Wirtschaft, Sozialem und Kultur vernetzen. So werden Angebotsstrukturen verbessert und der Aufbau unabhängiger Bildungsberatungsagenturen erleichtert.

Kultur für Niedersachsen

Mehr Sport und Spiel

Niedersachsen braucht bessere Rahmenbedingungen für Sport und Bewegung. Dies gilt besonders für den Breitensport, der die Integration und Gesundheitsprävention stärkt – aber auch für den Wettkampfsport. Es reicht nicht aus, mit jährlich gerade einmal fünf Millionen Euro nur Sportstättenbau und/oder -sanierung zu fördern, wie es die Landesregierung seit 2007 tut. Vielmehr gilt es auch, etwa

das Tischtennistraining für Kinder oder den Lauftreff für Ältere, das Kreisklassentraining im Fußball oder die Wirbelsäulengymnastik zu fördern. Das große ehrenamtliche Engagement im Sport sorgt in hohem Maße für die Tragfähigkeit des sozialen Netzes. Die Sportvereine sind Teil des Netzwerks bürgerschaftlichen Engagements.

Einer breit angelegten und gezielten Sportförderung kommt besondere Bedeutung zu, denn unsere Gesellschaft altert. Und: Weite Teile der Bevölkerung bewegen sich kaum, weder am Arbeitsplatz, noch in der Schule oder in der Freizeit. Gleichzeitig zeigt der Boom im Ausdauer- und Fitnesssport, dass sich Gesundheit als Megatrend im Sport durchsetzt.

Wettkampf- und Spitzensport heißt nicht nur, für Olympia zu trainieren. Sauberer Leistungssport hat auch die Funktion, Menschen zum Sporttreiben zu bewegen. Damit der Leistungssport dieser Funktion auch in Zukunft gerecht werden kann, muss die Förderung junger Sportlerinnen und Sportler verbessert werden. Wir müssen dem Nachwuchs exzellente Voraussetzungen bieten: erstklassige Trainingsmöglichkeiten, aber auch gute Rahmenbedingungen für die Vorbereitung ihrer beruflichen Zukunft in Schule, Ausbildung und Hochschule. Besondere Förderung verdient der Ausbau des Sportinternats des Landessportbunds.

Mit Wettbewerben beziehungsweise Projektförderung wollen wir Schulen insbesondere im Primarbereich motivieren, den Schulsport zum Kernbereich des Schulalltags zu machen.

Kultur macht stark

Kunst und Kultur machen Orte lebendig und lebenswert! Die Vielfalt der Angebote spiegelt die Vielfalt unseres Landes wider – von der Großstadt bis zur ländlichen Region, vom Staatstheater bis zur Amateurbühne. Unser Ziel ist es, nicht nur bestehende Projekte und Institutionen zu sichern, sondern auch neue Ideen zu unterstützen. Wir verstehen Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik, die der Entfaltung sozialer und ästhetischer Möglichkeiten aller Bürgerinnen und Bürger dienen muss. Und zwar unabhängig von Alter, Herkunft oder Nationalität. Deshalb bedarf es neuer Modellprojekte, die möglichst vielen Menschen den Zugang zu Kultur öffnen und ihnen ermöglichen, sich aktiv in unsere Kulturlandschaft einzubringen. Kultureinrichtungen müssen sich stärker für neues Publikum, neue Teilnehmerinnen und Teilnehmer öffnen.

Schwarz-Gelb hat sich vor allem als "Streichorchester" hervorgetan. Ob freie Theater, Kunstvereine, Literaturbüros, Musik- und Kunstschulen, Chöre oder die kulturelle Jugendbildung: Sie alle sind für das niedersächsische Kulturleben unverzichtbar. Wer, wie Schwarz-Gelb, Kulturetats zusammenstreicht, leistet der kulturellen Ödnis Vorschub.

Kulturelle Bildung vermittelt Schlüsselkompetenzen. Sie versetzt Menschen in die Lage, sich angesichts einer Medienüberflutung und kultureller Vielfalt in unserer Gesellschaft zu orientieren. Deshalb muss kulturelle Bildung bereits im Kindergarten und in der Schule ansetzen. Kooperationen mit Künstlerinnen und Künstlern aller Sparten wollen wir ausbauen. Aber auch jenseits der Schule müssen alle Menschen Angebote der kulturellen Bildung bezahlen und erreichen können.

Kultur braucht Vielfalt

Kultur findet nicht nur in den traditionellen Kultureinrichtungen statt. Wir wollen das fachliche Know-how der freien Kulturszene und der Kulturverbände aller Sparten stärker für die Entwicklung unseres Landes nutzen – von der Soziokultur bis zu den freien Theatern. Deshalb möchten wir ihnen in großem Umfang Entscheidungen über die Vergabe von Fördermitteln des Landes übertragen. Schwarz-Gelb hat die Kooperation mit der Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur aufgekündigt. Die Kooperation galt bundesweit als erfolgreiches Vorzeigemodell in Sachen eigenständiger Vergabe von Fördermitteln. Die Entscheidung von Schwarz-Gelb ist beispielhaft für den Rückfall in den alten Staatsdirigismus. Wir wollen stattdessen neue Steuerungs- und Fördermodelle, die Träger freier Kulturarbeit nicht als Bittsteller, sondern als Partner sehen. Diese Partner leisten einen wichtigen Beitrag zur kulturellen Grundversorgung.

Kreativmotor Kultur

Kunst und Kultur haben eine hohe volkswirtschaftliche Bedeutung, die weit über die Rolle als Standort- oder Imagefaktor hinausgeht. Einem Land mit einer spannenden und lebendigen Kulturszene wird es eher gelingen, herausragende Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen zu berufen, Studierende von einer Hochschule in Niedersachsen zu überzeugen und hochqualifiziertes Personal in den Unternehmen zu halten oder neu zu gewinnen.

Aus all diesen Gründen bedeutet Kulturförderung oft auch Wirtschaftsförderung. Filme oder Musik aus Niedersachsen tragen dazu bei, das Image unseres Landes zu fördern. Vor allem aber sind sie längst auch ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Im Zentrum der Kulturförderung muss aber immer die Kultur stehen. Daher sind wir der Auffassung, dass etwa die Nordmedia bei der Filmförderung endlich ihrer kulturellen Verantwortung gerecht werden muss. Sie sollte künstlerische Qualität unterstützen, statt Mainstream-NDR-Beiträge für das Nachmittags- und Vorabendprogramm zu fördern. Die in Niedersachsen lebenden Medienschaffenden sollen stärker in die geförderten Produktionen einbezogen werden, um mehr Beschäftigungseffekte im Lande zu erreichen.

Medienlandschaft mit Qualität und Vielfalt

Im Zeitalter des Internets ist die Flut an Medienangeboten grenzenlos geworden. Dies erfordert vom Konsumenten ein hohes Maß an Medienkompetenz. Zudem gewinnt die Sicherung von Qualität und Vielfalt an Bedeutung.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat einen klaren Programmauftrag, dem er aber nicht mehr ausreichend gerecht wird. Zwar ist er im Vergleich meist immer noch besser als viele Privatsender. Doch im Kampf um die Quote ist es zu einem fragwürdigen Angleichungsprozess gekommen. Für die Rundfunkgebühren wollen wir gute Qualität – auch jenseits von Mainstream und Quote.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss staatsfern bleiben. Wir wollen die Unabhängigkeit der Sender stärken.

Wir wollen den niedersächsischen Bürgerfunk stärken und ausbauen, denn der seinerzeit von der rot-grünen Landesregierung eingeführte Bürgerfunk ist eine Erfolgsgeschichte in Niedersachsen. Oftmals sind die Bürgerfunkerinnen und -funker die einzige Konkurrenz zu den regionalen Monopolzeitungen. Um Informationsvielfalt und Qualität zu sichern, wollen wir die Bürgersender fit machen für die Digitalisierung der Medien. Der Bürgerfunk muss daher zukünftig digital ausgestrahlt werden.

Computerspielsoftware gehört zur Kultur einer digitalen Gesellschaft. Besonders in der Jugendkultur nehmen Computerspiele eine wichtige Rolle ein. Deshalb ist es wichtig, Jugendlichen und ihren Eltern eine breite Medienkompetenz mit auf den Weg zu geben. Populistische und kaum realisierbare Verbotsforderungen sogenannter Killerspiele sind kontraproduktiv. Wir fordern stattdessen die Kontrolle der Softwareprodukte zu reformieren. Notwendig ist das Errichten europaweiter und unabhängiger Kontrollorgane, die über eine mögliche Jugendgefährdung entscheiden dürfen.

Die Rundfunkgebühr für internetfähige Computer lehnen wir ab. Fernseher, Radio und PC werden immer weiter verschmelzen. Statt die Rundfunkgebührenpflicht auf alle möglichen Geräte auszuweiten, wollen wir eine allgemeine, geräteunabhängige Mediengebühr für alle Haushalte. Eine solche Mediengebühr wäre unbürokratisch, gerecht und solidarisch.

III. FÜR EINE GERECHTE UND ENGAGIERTE SOZIALPOLITIK

GRÜNE stehen für eine gerechte Gesellschaft, in der alle Menschen unabhängig von Geschlecht, Herkunft, sexueller Orientierung oder anderen Unterschieden die gleichen Chancen auf Teilhabe und individuelle Verwirklichung haben.

Manchen mag es altmodisch vorkommen, aber wir sind immer noch der Auffassung, dass Wirtschaft den Menschen nützen sollte – und nicht umgekehrt. Im Zuge der immer rascher fortschreitenden Globalisierung mögen sich viele die Sinnfrage nicht mehr stellen. Zeit also, daran zu erinnern, dass es Wohlstandsversprechen waren, die diese Form von Weltwirtschaft einst legitimierten. Mittlerweile wird kaum noch jemand ernsthaft bestreiten, dass die sozialen Gegensätze nicht nur weltweit, sondern auch in unserer Gesellschaft größer geworden sind. Mehr denn je ist für uns Gerechtigkeit deshalb eine politische Handlungsmaxime, auf Bundes- wie auf Landesebene. Wir brauchen in Niedersachsen eine solidarische, gerechte und nach vorn gewandte GRÜNE Sozialpolitik. Wir wollen, dass niemand zurückgelassen wird.

Von zentraler Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die Frage einer gerechten Verteilung von Teilhabechancen. Dies betrifft den Zugang zu Bildung ebenso wie die Integration von Menschen mit Behinderungen in das Erwerbsleben. Auch sind wir von der tatsächlichen Gleichberechtigung von Frauen und Männern noch immer weit entfernt. Frauenpolitik ist als eigenständiger Politikbereich auch heute noch notwendig für unsere Gesellschaft. Deshalb darf Frauenförderung nicht der Familienförderung zum Opfer fallen, sondern muss als eigenständige politische Zielvorgabe erhalten bleiben. Frauenpolitik ist für uns aber auch eine Querschnittsaufgabe, die in allen anderen Politikfeldern berücksichtigt werden muss. Das bedeutet: Geschlecht/Gender ist für uns eine politische Kategorie, die es grundsätzlich mitzubedenken gilt, will man zukunftsfähige und geschlechtergerechte politische Entscheidungen treffen.

Für eine gerechte Arbeitsmarktpolitik

Im Frühjahr 2007 waren in Niedersachsen mehr als 145.000 Menschen länger als ein Jahr arbeitslos. Untersuchungen zeigen: Davon war jeder Zweite drei Jahre – und jeder Dritte sechs Jahre lang nicht mehr sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Dies liegt nicht an Hartz IV, sondern an einem langfristigen Trend: dem Wandel von einer produktionsorientierten Industrie hin zu einer Hightech- und Wissensgesellschaft. Nicht wenige Arbeitssuchende sind unter den aktuellen Arbeitsbedingungen dauerhaft vom Arbeitsleben ausgeschlossen. Denn bei ihnen klaffen einerseits berufliches und persönliches Profil, andererseits die Arbeitsplatzanforderungen in eklatanter Weise auseinander. Für sie müssen massive arbeitsmarktpolitische Anstrengungen unternommen werden. Sonst wird sich der Trend zu zwei Klassen von Arbeitslosen auch in Niedersachsen weiter verstärken.

Geringqualifizierte fördern

Der Anteil der Geringqualifizierten unter den dauerhaft Arbeitslosen wächst. Für Menschen ohne oder mit veralteter Berufsausbildung ist das Risiko, dauerhaft keine Beschäftigung zu finden, mehr als

sechsmal so hoch wie für Akademikerinnen und Akademiker. Selbst im Niedriglohnbereich werden die Geringqualifizierten verdrängt. Auch wenn die aktuellen Arbeitsmarktdaten einen positiven Trend aufweisen, müssen wir den konjunkturellen Aufschwung besser nutzen, um für die Betroffenen eine echte Trendwende einzuleiten. Für den großen Anteil der Langzeitarbeitslosen brauchen wir geeignete kommunal gesteuerte Arbeitsmarktinitiativen. Diese sollen denjenigen Angebote unterbreiten, die als schwer oder nicht vermittelbar gelten.

Lediglich vier Prozent der Arbeitsgelegenheiten sind in Niedersachsen sozialversicherungspflichtige, öffentlich geförderte Arbeitsplätze. Diese Quote muss dringend erhöht werden.

Projekt: Keiner bleibt ohne Angebot

Schon heute gibt es in einzelnen Regionen wie den neuen Bundesländern Modelle von Bürgerarbeit. Sie sollen Langzeiterwerbslose in das Arbeitsleben integrieren. Wir wollen in möglichst vielen Kommunen öffentliche beziehungsweise gesellschaftliche Arbeit fördern. Kombiniert aus Hartz IV und Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) sollen bis zu dreijährige Beschäftigungsverhältnisse als Alternative zu Ein-Euro-Jobs entstehen.

Der Vorteil dieser Angebote: Sie sind keine Beschäftigungstherapie. Der Einsatz erfolgt freiwillig und bietet sinnstiftende Tätigkeiten mit wachsender Qualifikation. In einem ersten Schritt sollen 7.000 der derzeit 20.000 Arbeitsgelegenheiten für ALG II-Empfängerinnen und -empfänger derart aufgewertet werden.

Mit Blick auf den Fachkräftemangel muss die Arbeitsmarktpolitik vorausschauend ausgerichtet werden. Wir wollen mehr in die Qualifikation von Fachkräften investieren. Und wir legen mehr Wert auf regionale Kooperationen innerhalb der Branchen und Weiterbildungsinvestitionen von Unternehmen. Wir setzen uns aber auch dafür ein, dass die Bundesagentur für Arbeit ihre Überschüsse stärker als bisher für die Weiterbildung von gering qualifizierten Arbeitslosen und Beschäftigten und die Vermittlung von Arbeitslosen in Beschäftigungsverhältnisse einsetzt.

Mindestlohn statt Kombilohn

Sonderwege bei der Arbeitsförderung wie der Niedersachsen-Kombilohn müssen aufgegeben werden. Denn das Modell geht vorbei an den eigentlichen Zielgruppen, den unter 25-Jährigen und den über 55-Jährigen. Viel effektiver wirken bundeseinheitliche Zuschüsse für Lohnnebenkosten in den unteren Lohngruppen.

In einzelnen Branchen hat sich ein Lohnniveau entwickelt, das in unserer sozialen Marktwirtschaft nicht hinnehmbar ist. Es kann nicht sein, dass diese Einkommen über Transferzahlungen auf Arbeitslosen-

geld II aufgestockt werden müssen. Für uns gilt: Auf einem Vollzeit Arbeitsplatz muss ein armutsfester Lohn verdient werden. Deshalb plädieren wir für einen Mindestlohn, der eine gesetzliche Untergrenze festlegt, so dass in einzelnen Branchen und Regionen höhere Mindestlöhne festgesetzt werden können.

Wir wollen das Landesvergabegesetz ausweiten und verschärfen. Zukünftig wollen wir die Einhaltung von branchenbestimmenden Tarifverträgen für öffentliche Aufträge garantieren. Außerdem sollen die Leistungen im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) wieder in das Gesetz einbezogen werden. Und damit zahlreiche öffentlichen Aufträge in Niedersachsen erfasst werden, wollen wir die Schwellenwerte zur Anwendung der Regelung senken. Soziale und ökologische Standards bei der Produktion wollen wir bei der gesamten öffentlichen Beschaffung zu wichtigen Entscheidungskriterien machen.

Wirtschaftsförderung – innovativ und gerecht

Wir wollen die Wirtschaftsförderung des Landes auf kleine und mittlere Unternehmen konzentrieren, da diese häufig unter der sehr niedrigen Eigenkapitalquote leiden.

Wir wollen, dass Sparkassen und Genossenschaftsbanken in Niedersachsen ein flächendeckendes Netz regionaler Beteiligungsgesellschaften knüpfen. Stille Beteiligungen sind eine Möglichkeit, die Kreditkosten für Mittelstand und Handwerk niedrig zu halten. Erfreuliche Entwicklung: Nach den jüngsten Anpassungen der Strukturfondsverordnungen können künftig auch EU-Mittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE-Programm) für die Bildung solcher Beteiligungsfonds eingesetzt werden. Darüber hinaus steht europäisches Fördergeld zum Einsatz revolvierender Wagniskapital- und Kreditfonds zur Verfügung.

Die US-Immobilienkrise hat auch bei uns die Fehlinvestitionen von Kreditinstituten sichtbar gemacht. Wir fordern deshalb in diesem Bereich eine stärkere Kontrolle und Transparenz. Zusätzlich wollen wir einige der sogenannten "innovativen" Finanzierungsinstrumente zum Schutz der Kundinnen und Kunden verbieten. Sie ermöglichen der Kreditwirtschaft allzu spekulative Finanztransaktionen.

Wir wollen die Wirtschaftsförderung des Landes bis auf einige Ausnahmen auf Darlehensprogramme umstellen. Sehr viel sinnvoller als einzelbetriebliche Investitionszuschüsse, die allzu oft bloße Mitnahmeeffekte verursacht haben, sind etwa Kleinkredite für Existenzgründerinnen und -gründer. Dafür wollen wir in Niedersachsen eine Organisation fördern, die Klein- und Kleinstkredite für Anschubfinanzierungen zur Verfügung stellt. So soll brachliegendes Innovations- und Beschäftigungspotential ausge-

schöpft werden. Insbesondere Kreativunternehmen brauchen oftmals nur eine kleine Anschubfinanzierung, auf die staatliche Förderprogramme bisher aber nicht zugeschnitten sind.

Viele Existenzgründungen erfolgen aufgrund fehlender Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt. Mangelhafte Vorbereitung ist vielfach der Grund dafür, dass die Selbstständigkeit häufig nicht von langer Dauer ist. Wir wollen deshalb die betriebswirtschaftlichen Kenntnisse von Existenzgründerinnen und -gründer verbessern und durch "Senior-Patenschaften" die Beratung ausbauen. Vermittelt über Kammern und Verbände, soll die wachsende Zahl qualifizierter Ruheständlerinnen und Ruheständler den neuen Selbstständigen zur Seite stehen.

Armut bekämpfen

Die CDU/FDP-Regierung hat einen neuen Armutsbericht verweigert, um die unsozialen Auswirkungen ihrer Politik zu verschleiern. Aber die vorliegenden Zahlen sind eindeutig: In Niedersachsen gibt es einerseits eine wachsende Gruppe von Armen, andererseits steigt die Zahl der Reichen. Die Spaltung der Gesellschaft nimmt rasant zu. Für eine effektive Armutsbekämpfung braucht Niedersachsen eine regionalisierte Sozialberichterstattung, die auch den Kommunen als Grundlage für gezielte Sozialplanungen dienen kann.

Immer mehr Menschen haben immer weniger Geld zur Verfügung. Das belegt auch die wachsende Zahl von Privatinsolvenzen. Das verfügbare Einkommen schrumpft erheblich – sei es durch steigende Energiepreise und Krankenkassen-Tarife oder die Erhöhung der Mehrwertsteuer. In vielen Branchen gibt es außerdem Einkommensverluste, etwa durch den Wegfall von Urlaubs- und Weihnachtsgeldern.

Skandal Kinderarmut

Von Armut betroffen sind viele Arbeitslose, Haushalte mit Kindern und alleinerziehende Frauen. In Niedersachsen ist die Zahl der unter 15-Jährigen, die von Sozialtransfers abhängig sind, von 2005 auf 2006 um gut zehn Prozent gestiegen.

In dieser Situation wollen wir vor allem einkommensschwache Familien mit Kindern entlasten. Hierzu gehört das verpflichtende, aber kostenfreie Bildungsjahr vor der Einschulung. Inbegriffen ist auch eine Lernmittelfreiheit für Kinder von Sozialhilfe- und Hartz IV-Empfängerinnen und -empfängern.

Für die Mahlzeiten ihrer Kinder können Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld II (ALG II) zwischen 2,57 und 3,43 Euro pro Tag ausgeben. Es kann nicht sein, dass manche Kinder auf ein war-

mes Schülern verzichten müssen, weil die Eltern es nicht bezahlen können. Solange der Bundesgesetzgeber keinen bedarfsgerechten Regelsatz für Kinder und Jugendliche geschaffen hat, fordern wir einen Sozialfonds, an dem sich das Land Niedersachsen und die Kommunen beteiligen. Gleichzeitig wollen wir, dass Kinder von einkommensschwachen Familien nicht von der Sekundarstufe II ausgegrenzt werden, weil niemand ihre Busfahrkarte bezahlt. Sport und Kultur müssen allen Kindern und Jugendlichen zugänglich sein, auch wenn ihre Eltern ALG II-Leistungen beziehen.

Hartz IV erhöhen

Das ALG II muss deutlich erhöht werden. Zusätzlich müssen die Regelsätze für Kinder und Jugendliche als eigenständige Grundsicherung, die ihren tatsächlichen Bedürfnissen entsprechen, festgelegt werden. Sachleistungen und so genannter Mehrbedarf müssen auch für Familien mit Einkommen knapp oberhalb der Einkommensgrenzen von ALG II unbürokratisch zur Verfügung stehen. Hier muss das Land Niedersachsen im Bund Verantwortung übernehmen und sich im Bundesrat vehement für eine Änderung der Rahmenbedingungen einsetzen.

Das ALG II soll den Forderungen der Wohlfahrtsverbände entsprechend um etwa 20 Prozent angehoben werden. Statt milliardenschwere Steuernachlässe für die Ehe zu gewähren, müssen Frauen und Männer eigenständig abgesichert und Kinder gefördert werden.

Wir wollen, dass ALG II-Bezieherinnen und –bezieher weiter 100 Euro ohne Anrechnung auf ihre Leistungen verdienen können. Eine Abschaffung des 100 Euro-Freibetrags halten wir für ein falsches Signal. Wir wollen auch die Schuldnerberatung ausbauen und das dafür notwendige Geld nicht zuletzt über eine Beteiligung von Geschäftsbanken und Mobilfunkfirmen bereitstellen. Wichtiger denn je ist die Beratung von Erwerbslosen. Deswegen müssen die bestehenden Netzwerke und Initiativen landespolitisch abgesichert werden.

Herausforderung demografischer Wandel

Die veränderten Altersstrukturen in unserer Gesellschaft erfordern Anpassungen auf verschiedenen Ebenen – zum Beispiel in der Gestaltung des Lebenslaufs und des gesellschaftlichen Miteinanders. Auch soziale Sicherungssysteme und die Beschäftigtenstruktur müssen angepasst werden. Wir wollen die Erfahrungen und Fähigkeiten älterer Menschen nutzen und ein konstruktives und solidarisches Miteinander der Generationen als Chance begreifen: Im bürgerschaftlichen Engagement und in der Selbsthilfe werden wir Strukturen unterstützen, die dies ermöglichen. Durch den Ausbau von ambulanten und

stationären Rehabilitationsangeboten wollen wir ein gesundes und aktives Altern fördern und Lebensqualität sowie Selbständigkeit älterer Menschen sichern.

Hierzu gehören neue Wohnformen und eine entsprechende Verkehrs- und Siedlungsplanung. Einige Kommunen weisen heute expansiv neue Wohn- und Gewerbeflächen aus und versuchen so junge Familien anzulocken. Das ist keine nachhaltige Antwort auf den demografischen Wandel. Ergebnisse dieser Politik ist die immer stärkere Zersiedelung der Landschaft und Leerstände im vorhandenen Wohnungsbestand. Die kommunalen Haushalte werden belastet, weil sie eine öffentliche Infrastruktur aufrechterhalten sollen, die auf Zuwachs ausgelegt ist.

Stattdessen setzen wir auf einen planvollen Umgang mit dem Bevölkerungsrückgang, aber gleichzeitig auch auf familiengerechtere Angebote zum Wohnen und Arbeiten. Damit die Zahl der Geburten steigt, sind staatliche Hilfen für Familien und Kinder notwendig. Statt schwarz-gelber Aushöhlung regionalplanerischer Instrumente wollen wir eine stärkere Verbindlichkeit der Raumplanung: Bevor kommunale Flächennutzungspläne genehmigt werden, muss deshalb die Notwendigkeit neuer Wohn- und Gewerbeflächen verbindlich geprüft werden.

Gesundheit ist keine Ware

„Das Wichtigste ist die Gesundheit!“ So banal dieser oft gehörte Satz auch ist – unsere Gesellschaft nimmt ihn leider immer weniger ernst. Gesundheit bzw. Vorsorge, Medizin und Pflege, sind mit dem Streben nach Effizienz immer stärker der Logik des Marktes unterworfen. Wie entwürdigend das teilweise ist, muss besonders die wachsende Zahl pflegebedürftiger Menschen leider immer öfter erfahren. Bei uns steht der Mensch im Mittelpunkt der Gesundheitspolitik!

Gesundheit fängt bei Kindern an

Immer mehr Kinder leiden unter Fehl- und Mangelernährung. GRÜNE wollen deshalb die Gesundheit von Kindern konsequent fördern. Diese Förderung muss bereits in der Schwangerschaft beginnen, die Geburt des Kindes begleiten und mit geeigneten Maßnahmen in Kinderkrippen, Kindertagesstätten und Schulen fortgesetzt werden. Dafür sind gesundheitsfördernde Maßnahmen und Projekte wie Familienhebammen, Beratung und Unterstützung von Eltern sowie Angebote in den Bildungseinrichtungen flächendeckend auszubauen. Es besteht erheblicher Informationsbedarf in Sachen Gesundheit.

Kindern und Jugendlichen ist bei Erkrankung ein besonderes Mitspracherecht in eigener Sache einzuräumen. Bündnis 90/Die Grünen fordern die Einrichtung einer ständigen Kindergesundheitskonferenz.

Die Gesundheit von Kindern mit Migrationshintergrund muss einen besonderen Stellenwert in Niedersachsen bekommen.

Gesundheitsvorsorge

Grundanliegen unserer Politik sind Gesundheitsförderung und Vorsorge. Grüne Gesundheitspolitik baut auf mündige und gut informierte Patientinnen und Patienten. Deshalb wollen wir das landesweite Netz der Selbsthilfekontaktstellen ausbauen.

Niedersachsen kann und darf nicht länger auf die bundesweite Stiftung für Prävention warten. Die Mittel für Prävention und Selbsthilfe sind längst zum Spielball von Einzelinteressen geworden. Bündnis 90/Die Grünen wollen deshalb eine Landesstiftung "Prävention" einrichten. Wir wollen Prävention und Selbsthilfe inhaltlich und programmatisch neu ausrichten. Neben der medizinisch begründeten Arbeit sollen auch Hilfen durch Familien oder das soziale Netzwerk – wie der Freundeskreis – motiviert werden.

Die Zahl chronischer Erkrankungen wächst, Allergien und Umwelterkrankungen nehmen zu, mehr Menschen als früher erreichen ein deutlich höheres Lebensalter. Deshalb muss die Vorsorge künftig ein noch größeres Gewicht in der Arbeit – auch der Gesundheitsämter – erhalten, um für alle Betroffenen so lange wie möglich eine ausreichende Lebensqualität zu erhalten und zu sichern. Angebote zur Prävention sollen alle Menschen erreichen.

Das beginnt mit einer hochwertigen Schwangerenvorsorge und einem flächendeckenden Netz von Familienhebammen. Wir wollen engmaschige und kostenfreie Vorsorgeuntersuchungen für alle Kinder ausbauen. Vor dem Besuch einer Kindertagesstätte sollen alle Kinder verpflichtend nach einheitlichem Standard untersucht werden, auch auf ihre Sprachkompetenz. Einheitliche Schuleingangsuntersuchungen gehören ebenfalls zu unserem Konzept. Besonders für sozial benachteiligte Kinder wollen wir zusätzliche Präventions-Angebote (u.a. auch durch Sportförderung) bereitstellen.

In der ganzen Welt breiten sich Aids-Erkrankungen dramatisch aus. Die Bekämpfung stellt auch die Landespolitik vor Herausforderungen. In Niedersachsen infizieren sich jährlich mehr als 100 Menschen mit dem HI-Virus. Die HIV-Prävention darf deshalb nicht nachlassen und Aids-Hilfe-Einrichtungen müssen gestärkt werden. Das landesweite Netz von kultursensiblen, muttersprachlichen AIDS-Mediatorinnen und –mediatoren muss an Schulen und Hochschulen ausgebaut werden.

Mit Drogen verantwortungsvoll umgehen

Wir treten ohne Wenn und Aber für ein Rauchverbot in allen öffentlichen Gebäuden ein. Es ist einfach nur erbärmlich, welchen Eiertanz die CDU/FDP-Landesregierung um das Nichtraucherschutz-Gesetz aufgeführt hat.

Ein zunehmendes Problem stellt der Missbrauch von Alkohol dar. Deshalb unterstützen wir den Vorstoß einiger Kommunen, sogenannte "Flatrate-Partys" zu verbieten. Diese Partys animieren besonders Jugendliche zu übermäßigem Alkoholkonsum. Wir sehen die wachsenden Suchtprobleme als Gefährdung für die individuelle Gesundheit und den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Der Kampf gegen die Abhängigkeit kann nicht gelingen, wenn Kriminalisierung und Repression im Vordergrund stehen.

Alle Menschen haben einen Anspruch auf gesundheitliche Prävention. Deshalb gehören sterile Spritzen, Drogen- und Suchtberatung auch in den Strafvollzug. Schwerstabhängigen wollen wir durch die legale Verabreichung von Heroin die notwendige Hilfe zuteil werden lassen. Dafür ist es notwendig, Diamorphin(Heroin) ebenso wie Methadon als wirksame Behandlung und damit auch als Medikament anzuerkennen und zuzulassen. So lässt sich die Beschaffungskriminalität wirksam eindämmen und der organisierten Kriminalität ein wichtiger Nährboden entziehen.

Den Cannabiskonsum wollen wir entkriminalisieren, aber nicht, weil wir die Gefahren bagatellisieren wollen, sondern weil das Verbot einen wirksamen Jugend- und Gesundheitsschutz erschwert.

Medizinische Versorgung wohnortnah

Die Krankenhauslandschaft steht unter erheblichem Wandlungsdruck, das wird durch die Privatisierung oder gar Schließung von immer mehr Krankenhäusern deutlich wird. Angesichts des demografischen Wandels werden sich die Krankenhäuser in Zukunft stärker der Behandlung und Versorgung älterer Menschen widmen müssen. Deshalb unterstützen wir die Entwicklung neuer Formen der Übergangsversorgung für ältere Menschen nach der Akutbehandlung.

Eine Versorgung nahe am Wohnort muss trotz des weiter drohenden Bettenabbaus sichergestellt werden. Wo Krankenhäuser geschlossen werden, müssen deshalb zeitnah medizinische Versorgungszentren beziehungsweise Ambulanzen oder Netze der integrierten Versorgung aufgebaut werden. Denkbar und wünschenswert sind hier Investitionshilfen des Landes zur Umwandlung kleinerer Krankenhäuser in solche neuen medizinischen Versorgungszentren und Ambulanzen.

Gemeinsam mit den Initiativen vor Ort haben sich GRÜNE jahrelang für den Aufbau der palliativmedizinischen Versorgung und den Ausbau der Hospizdienste eingesetzt. Diese Arbeit trägt Früchte, so dass nun nach und nach die palliativmedizinischen Stützpunkte mit Hilfe des Landes ausgebaut werden. Aber für die Betroffenen drängt die Zeit. Der Ausbau der palliativmedizinischen Versorgung muss deshalb zeitnah und flächendeckend auch in Wohnortnähe weiter vorangetrieben werden. Besonders schwerstkranke Kinder und ihre Familien brauchen Hilfe. deshalb sind die Kinderhospize mittel- und langfristig zu sichern. GRÜNE treten ein für die verbindliche Zusammenarbeit von niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten, Krankenhäusern, Hospiz- und Palliativdiensten und wollen diese weiter ausbauen.

Qualitätssicherung im Gesundheitswesen

Im Gesundheitswesen hat sich ein Wandel vollzogen. Mehr und mehr wird über die Qualität von Leistungen gesprochen. Patienten und Angehörige erkennen durch die Brille der Betroffenheit die Mängel und Defizite. Grüne wollen die Qualitätssicherung in den niedersächsischen Krankenhäusern vorantreiben und dabei die Patienteninteressen im Interesse der Patientensicherheit stärker berücksichtigen wissen.

Grüne wollen, dass in allen niedersächsischen Krankenhäusern Ansprechpartner und Patientenförsprecher eingerichtet werden. Im eigenen Interesse der Träger muss der Dialog über die Qualität unserer Krankenhäuser die Patientenseite stärker einbinden

Die oben angesprochene stärkere Zusammenarbeit aller Institutionen im Gesundheitssektor leistet gleichzeitig auch einen wichtigen Beitrag zur Qualitätssicherung.

Menschenwürdige Pflege sichern

Die zunehmende Zahl hoch betagter Menschen stellt uns vor eine zentrale Herausforderung: die Sicherung einer menschenwürdigen und bedarfsgerechten Pflege. Ein großer Teil der Pflegeleistungen wird im familiären Rahmen, und hier ganz überwiegend von Frauen, erbracht. Viele Frauen stellen zur Pflege von Angehörigen ihr eigenes berufliches Engagement zurück, reduzieren ihre Arbeitszeit oder scheidet zur Pflege zeitweise aus dem Beruf aus. Frauen, die bereits einen erheblichen Anteil an Kinderbetreuungs- und Erziehungszeiten haben, dürfen durch die Übernahme von Pflegeleistungen in beruflicher Hinsicht nicht zusätzlich benachteiligt werden.

Wir setzen uns daher für eine gerechte Verteilung und gesellschaftliche Neubewertung familiärer Pflegeleistungen ein. Besonders demenzkranke Menschen müssen besser betreut werden. Ambulant wie auch teilstationär müssen dazu qualitativ hochwertige, wohnortnahe Pflegeinfrastrukturen geschaffen werden. Hierzu wollen wir die Pflegeberufe aufwerten und uns für eine verbesserte Aus- und Weiterbildung von Pflegekräften einsetzen.

Zudem muss das Vor- und Umfeld der Pflege qualitativ verbessert werden. Wir streben als Lösung eine Mischung aus professioneller, bürgerschaftlicher und familiärer Hilfe an. Dabei soll eine unabhängige Pflegeberatung den Verbraucherschutz verbessern und die Angehörigen unterstützen. Das Heimgesetz des Bundes muss auf Landesebene zu einem "Einrichtungen- und Dienstegesetz" weiterentwickelt werden. Wir wollen, dass rechtliche Rahmenbedingungen für neue Einrichtungstypen und neue Wohnformen im Alter entwickelt werden. In Zukunft sollen die Wahlfreiheit und Selbstbestimmung der Betroffenen gewahrt, aber auch der Verbraucherschutz gewährleistet werden.

Selbstbestimmt leben mit Behinderung

Zu einem selbstständigen und selbstbestimmten Leben gehört auch für Menschen mit Behinderungen die weitgehende Freiheit bei der Wahl ihres Lebensortes.

Ein barrierefreies Umfeld ist die Voraussetzung für Mobilität und Selbstbestimmung. Wir befürworten deshalb den flächendeckenden Ausbau des persönlichen Budgets für die Betroffenen, entsprechende Angebote müssen ausgeweitet werden. Und wir setzen uns ein für die Förderung barrierefreier Wohnungen und bedarfsgerechter Hilfen – sowohl ambulant als auch teilstationär. Wir wollen Anreize schaffen, stationäre Plätze in ambulante umzuwandeln, ohne dabei gute und bedarfsgerechte stationäre Angebote zu gefährden, Niedersachsen darf nicht länger bundesweit eine Spitzenstellung bei den Heimunterbringungen von Menschen mit seelischen Behinderungen einnehmen.

IV. Demokratie - Bürgerrechte - Integration

Geschlechtergerechtigkeit schaffen

Unsere Gesellschaft hat sich in den letzten Jahren erheblich verändert. Das tradierte Geschlechterverhältnis ist aufgebrochen, und eine Vielzahl neuer Lebensstile hat sich entwickelt. GRÜNE Frauenpolitik hat diese Entwicklung mit vorangetrieben, sie orientiert sich an der Vielfalt der Lebensentwürfe von Frauen (und Männern).

Zielvorstellung ist für uns GRÜNE eine gerechte Gesellschaft, in der alle Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht die gleichen Chancen gesellschaftlicher Teilhabe, der eigenständigen Existenzsicherung und Selbstverwirklichung haben.

Trotz der Erfolge von Frauenbewegung und Gleichstellungspolitik: Noch heute ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf meist ein Thema von Frauen. Die Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit ist weiter aktuell. Und das Recht auf körperliche und sexuelle Selbstbestimmung wird viel zu häufig missachtet. Frauenpolitik ist deshalb als Querschnittsaufgabe für alle Politikbereiche notwendig. Gender Mainstreaming muss konsequent angewendet werden – in der Innen-, Justiz-, Bildungs-, Wirtschafts-, Finanz- und auch Umweltpolitik. Jede geplante Maßnahme und jedes Gesetz sind darauf zu untersuchen, wie sie sich auf Männer und Frauen auswirken. Ziel muss sein, Benachteiligungen rechtzeitig festzustellen und sie auszugleichen. So soll die rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung der Geschlechter hergestellt werden. Selbstverständlich gehört dazu auch die gleichberechtigte Teilhabe der Frauen in der Politik. Für uns GRÜNE war es schon immer selbstverständlich, dass mindestens die Hälfte der Abgeordneten weiblich ist. Wir wollen das Landeswahlgesetz so verändern, dass die Plätze auf einer Landesliste jeweils abwechselnd an Männer und Frauen vergeben werden. Eine gleichberechtigte Vertretung von Frauen sollte auch für die Landesregierung gelten. Wir fordern daher, dass mindestens die Hälfte des Kabinetts von Frauen besetzt werden.

Die schwarz-gelbe Landesregierung hat die kommunalen Frauenbeauftragten faktisch abgeschafft. Das ist eine fatale Fehlentwicklung! Nur für große Kommunen, also Kreise und kreisfreie Städte, sind nun Gleichstellungsbeauftragte vorgeschrieben. Ohne die Arbeit der Beauftragten können die Kommunen den Anforderungen einer modernen Frauenpolitik aber nicht gerecht werden. Wir wollen die Gleichstellungsarbeit in allen Gemeinden und Städten stärken, denn nach wie vor ist das Instrument der Frauenbeauftragten unverzichtbar. Kommunale Gleichstellungspolitik muss frei sein für die parteiliche Interessenvertretung der Frauen ihrer Kommune - und unabhängig von den jeweiligen politischen Mehrheiten der Räte und Kreistage!

Mädchen und junge Frauen fördern

In Schule und Beruf: Für Mädchen und junge Frauen ist Bildung heute selbstverständlich. Formal ist der gleiche Zugang zu Bildung für Frauen erreicht. Mädchen erzielen im Vergleich zu Jungen vielfach sogar deutlich bessere Leistungen in der Schule. Und auch an den Hochschulen setzt sich dieser Trend fort. Viele junge Frauen nutzen die guten Abschlüsse aber nicht für einen Berufseinstieg, der ihnen auch

finanzielle Unabhängigkeit ermöglicht. Die "typischen" Frauenberufe werden noch heute schlecht bezahlt und ermöglichen kaum einen beruflichen Aufstieg. Zukunftsfähige Berufe finden sich oft im technisch-naturwissenschaftlichen Feld. Sie werden aber nur dann gewählt, wenn sie frauen- und familienfreundlicher werden. Dazu müssen im Vorfeld gezielte Aktivitäten erfolgen auf allen Ebenen – ob Kita, Schule oder Hochschule. Dafür setzen GRÜNE sich ein. Gleichzeitig wollen wir durch gezielte Mädchenarbeit, Mädchen und junge Frauen ermutigen, ihre Fähigkeiten zu entwickeln und sich selbstbewusst auch für neue Lebensentwürfe zu entscheiden. Wir brauchen mehr als die drei Pilot-Mädchenhäuser in Hannover, Oldenburg und Osnabrück.

Arbeitswelt - mehr Chancen für Frauen

Nach wie vor ist die Erwerbsbeteiligung der Frauen gering und viele von ihnen besetzen Teilzeitstellen. Sie können ihre Existenz deshalb selten eigenständig sichern. Eine zukunftsfähige Wirtschaft kann es sich auf Dauer nicht leisten, Zugangs- und Aufstiegsbarrieren für Frauen aufrecht zu erhalten – schon aufgrund der demografischen Entwicklung. Auch die Politik ist gefordert, den Abbau dieser Schranken zu unterstützen. Auf Landesebene muss die Politik dafür sorgen, dass Fördermittel und -maßnahmen Frauen verstärkt und dauerhaft in den Arbeitsmarkt integrieren. Darum wollen wir Wirtschaftsförderung daran knüpfen, dass Unternehmen eine aktive Frauenförderung betreiben.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

GRÜNE wollen, dass Frauen (und Männer) am Erwerbsleben teilnehmen und eine eigenständige Existenz sichern können – ohne auf Kinder verzichten zu müssen. Wir brauchen deshalb eine Infrastruktur, die allen Eltern eine bedarfsgerechte Kinderbetreuung garantiert und die unterschiedlichen Wünsche und Bedürfnisse von Eltern sowie Kindern berücksichtigt. Dieser Anspruch wird inzwischen auch von der Großen Koalition in Berlin formuliert. Dabei versucht die Ministerin von der Leyen der CDU ein modernes Profil in der Familienpolitik zu verschaffen. Der Streit über die Zahl der erforderlichen Krippenplätze (500.000 oder mehr oder weniger) verdeckt aber, dass noch völlig offen ist, wer diese Krippenplätze finanziert. Wir fordern von der Landesregierung, dass sie konkrete finanzielle Zusagen für den Ausbau der Krippenplätze macht – und nicht mit dem Finger auf die Kommunen zeigt. Es ist wie im Märchen bei den Gebrüder Grimm: Nicht der Duft der Suppe macht satt, sondern erst die Suppe selbst. Mütter und Väter brauchen real existierende Betreuungsangebote für ihre Kinder und zwar jetzt!

Frauen und Hochschule

An den Hochschulen erbringen Frauen exzellente Leistungen. Trotzdem sind sie in höheren Positionen nach wie vor eklatant unterrepräsentiert. Wir wollen Frauen auf allen Ebenen des Wissenschaftsbetriebs gleichberechtigt vertreten sehen. Dieses Ziel soll nachhaltig verfolgt werden durch entsprechende Fördermaßnahmen wie zum Beispiel gezielte Mentoring-Programme. Gleichstellungsbeauftragte an den Hochschulen müssen unabhängig arbeiten können.

Notwendig ist Frauen- und Geschlechterforschung, die die Kategorie Geschlecht (Gender) zum Gegenstand wissenschaftlicher Arbeit macht. Die Zentren für interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung sowie Gender-Studiengänge sind wichtige Ansatzpunkte, um Frauen- und Genderforschung an den niedersächsischen Hochschulen zu etablieren.

Frauengerechte Gesundheitspolitik

Die individuellen und gesellschaftlichen Lebenswelten von Männern und Frauen unterscheiden sich auch im Umgang mit dem eigenem Körper. Über geschlechtsspezifische Erkrankungen wie Essstörungen oder Magersucht (stille Süchte bei Mädchen und jungen Frauen) wird inzwischen sehr ausführlich informiert und diskutiert. Trotzdem fehlen immer noch ausreichende niedrigschwellige, zielgruppenspezifische Beratungs- und Therapieangebote. Sie sollen auch eine kritische Auseinandersetzung mit dem medizinischen Versorgungsangebot ermöglichen. Diese gilt es auf- und auszubauen. Das Land muss entsprechende Angebote fördern.

Pflegeleistungen gerecht verteilen

Ein großer Teil der Pflegeleistung wird im familiären Rahmen überwiegend von Frauen erbracht, die ihr eigenes berufliches Engagement zurückstellen, ihre Arbeitszeit reduzieren oder zeitweise ganz aus dem Beruf ausscheiden. Wir setzen uns ein für eine gerechte Verteilung der familiären Pflegeleistung zwischen den Geschlechtern und fordern eine gesellschaftliche Neubewertung. Privatwirtschaft und öffentlicher Dienst sind am Zug: Sie müssen wegen der demografischen Entwicklung die Vereinbarkeit von Kinderbetreuung und Beruf ermöglichen. Aber auch die Pflege älterer Familienangehöriger muss mit einer Berufstätigkeit vereinbart werden können. Dies gilt sowohl für weibliche als auch für männliche Beschäftigte.

Vor Gewalt schützen

Gewalt gegen Mädchen und Frauen ist auch heute noch die häufigste Form der Menschenrechtsverletzung. Die Palette reicht von der sexistischen Darstellung von Frauenkörpern in der Öffentlichkeit über physische, psychische und sexuelle Gewalt im sozialen Nahbereich bis hin zum organisierten Frauenhandel. Gewaltschutz für Frauen muss deshalb als Pflichtaufgabe des Landes verlässlich gefördert werden. Bestehende Beratungsangebote müssen in ihrer Vielfalt erhalten und gesichert werden. Der flächendeckende Ausbau der Beratungs- und Interventionsstellen (BISS) muss mit angemessener Personalausstattung erfolgen und darf nicht zu Lasten anderer, insbesondere niedrigschwelliger Beratungsangebote gehen. Wir wollen gerade Mädchen und junge Frauen stärken, damit sie ein selbstbestimmtes und gewaltfreies Leben führen können.

Zentrales Ziel der niedersächsischen Integrationspolitik muss die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund sein. Es geht um ihre Chance ein eigenständiges, selbstbestimmtes Leben zu führen. Dies gilt insbesondere für Frauen, die von häuslicher Gewalt oder einer Zwangsheirat bedroht sind.

Weltoffenes Niedersachsen

Niedersachsen ist ein Einwanderungsland. Jahrzehntlang wurde diese Tatsache verdrängt oder gar bewusst geleugnet – und so eine wirksame Integrationspolitik verhindert. Viel zu spät machen sich Deutschland, das Land Niedersachsen und viele Kommunen auf den Weg, die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Chancen der Zuwanderung zu nutzen und Integrationsdefizite endlich auszugleichen. Integrationspolitik gehört zu den wichtigsten Querschnittsaufgaben der Landespolitik. Das ist zu berücksichtigen beim Entwickeln von Politikkonzepten, insbesondere auch bei Personal- und Organisationsentscheidungen.

GRÜNE wollen den Migrantinnen und Migranten in Niedersachsen eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Voraussetzung für eine gelungene Integration ist die wechselseitige Anerkennung. Sie muss beruhen auf den Werten und Regeln der demokratischen Rechtsordnung, die in unserer Verfassung fixiert sind. Integration gelingt nur dort, wo Diskriminierung erfolgreich bekämpft wird – ob im Arbeitsleben, in Bildung und Ausbildung oder auf dem Wohnungsmarkt.

Fremdenfeindlichkeit ist nicht nur an den Rändern unserer Gesellschaft anzutreffen. Um die Feindseligkeit zu bekämpfen, muss in demokratischen Strukturen individuelles gesellschaftliches Engagement gestärkt werden. Unsere Demokratie kann es sich nicht leisten, große Teile der Bevölkerung von politischer Teilhabe weitgehend auszuschließen. Deshalb sollte einerseits das Erreichen der deutschen Staatsbürgerschaft, deren Erlangung erleichtert werden muss auch in Form der Doppelstaatsangehörigkeit, von Beginn an als Ziel der Integrationspolitik anerkannt werden. Wir setzen uns außerdem für ein kommunales Wahlrecht auch für Nicht-EU-Ausländer ein, die sich seit mindestens fünf Jahren legal

in Deutschland aufhalten. Wir streben an, dass künftig an niedersächsischen Landtagswahlen auch nichtdeutsche Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union teilnehmen können, wenn sie längere Zeit in Deutschland leben.

Integration durch bessere Bildung

Der Erfolg der gesellschaftlichen Integration hängt in entscheidendem Maße von der Teilhabe am Erwerbsleben ab. Deshalb sind die Anerkennung von im Ausland erworbener beruflicher Qualifikationen zu verbessern und die Bildung von Kindern aus Einwandererfamilien zu fördern. Die erschreckend hohe Quote der Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Abschluss bei jungen Menschen mit Migrationshintergrund offenbaren die Defizite des niedersächsischen Bildungssystems. Das grüne Modell der Neuen Schule verbessert die Chancen der Schülerinnen und Schüler aus Einwandererfamilien. GRÜNE wollen wirksame Angebote zur Spracherziehung im vorschulischen und schulischen Bereich und auch in diesem Zusammenhang die Einbeziehung der Eltern in den Bildungsprozess ihrer Kinder stärken. Die muttersprachliche Bildung unterstützt das Erlernen der deutschen Sprache und soll, auch als Wertschätzung der kulturellen Herkunft, intensiver als bisher gefördert werden. Mehrsprachigkeit allgemein soll mehr unterstützt und besser gefördert werden.

Ob die gesellschaftliche Integration glückt, hängt entscheidend von den Chancen auf dem Arbeitsmarkt ab. Deshalb müssen im Ausland erworbene berufliche Qualifikationen besser anerkannt werden. In den Fokus gehört auch die Bildung der Kinder aus Einwandererfamilien. Zahlreiche Kinder mit Migrationshintergrund verlassen die Schule ohne Abschluss. Die erschreckend hohe Quote offenbart die Defizite des niedersächsischen Bildungssystems. Das GRÜNE Modell der Neuen Schule verbessert die Chancen der Schülerinnen und Schüler aus zugewanderten Familien. GRÜNE wollen Angebote zur Spracherziehung machen – für Kinder vor der Einschulung, aber auch für Schülerinnen und Schüler. Und auch die Eltern müssen in die Bildung ihrer Kinder stärker einbezogen werden. Die muttersprachliche Bildung unterstützt das Erlernen der deutschen Sprache und soll, auch als Wertschätzung der kulturellen Herkunft, intensiver als bisher gefördert werden. Mehrsprachigkeit soll generell in den Fokus rücken – sie soll stärker unterstützt und gefördert werden.

Praxisbeispiel: "Rucksackmütter"

In vielen niedersächsischen Städten laufen erfolgversprechende Projekte wie die "Rucksackmütter", mancherorts auch "Stadtteilmütter" genannt. Das Modell kommt aus den Niederlanden. Die "Rucksack-

mütter“ sind Migrantinnen, die dazu ausgebildet werden, in den Kindertagesstätten ihres Stadtteils Elterngruppen zu leiten. Die Anbindung an die Kindertagesstätte gewährleistet den sozialräumlichen Bezug. Sie ermöglicht darüber hinaus die Zusammenarbeit mit professionellen Erzieherinnen und Erziehern und das Eingehen auf individuelle Probleme von Familien. Diese Modelle erfüllen eine wichtige Brückenfunktion zwischen Einwanderinnen und Einwanderern, die sich hinwenden zu ihren ethnischen Gemeinden und der Stadtgesellschaft.

Internationalität ausbauen

Niedersachsen muss sein internationales Profil schärfen. So erhöht das Land seine Anziehungskraft für Investitionen aus dem Ausland, gefragte Fachkräfte und ausländische Touristen. In diesem Zusammenhang gewinnt die wachsende Zahl der Unternehmensgründungen von Migrantinnen und Migranten an Bedeutung. Ihr Engagement wird für die Entwicklung der Wirtschaft in unserem Lande immer wichtiger – und auch für die Bereitstellung betrieblicher Ausbildungsplätze. Wir wollen sie unterstützen mit gezielter Beratung zur Existenzgründung und Betriebsführung.

Zur Internationalisierung Niedersachsens müssen auch die interkulturellen Kompetenzen in der Landesverwaltung gestärkt werden. Die Landesbehörden und -betriebe sollen eigene Strategien der interkulturellen Öffnung und Internationalisierung für ihre Geschäftsbereiche entwickeln. Hierbei sollen ausdrücklich auch Menschen mit Migrationshintergrund Stellen im öffentlichen Dienst besetzen.

Die Integrationspolitik des Landes muss als Querschnittsaufgabe definiert werden. Es gilt einzelne Maßnahmen besser zu koordinieren und aufeinander abzustimmen. Bei der Entwicklung integrationspolitischer Konzepte sollen Migrantenorganisationen beteiligt werden. Die Verantwortung für die Integrationspolitik des Landes soll von der Staatskanzlei wahrgenommen werden.

Internationalität bietet neue Anknüpfungspunkte für die Belebung der Kulturszene in unseren Städten und Gemeinden und kann auf diesem Wege die Lebensqualität und die Attraktivität des gesamten Landes steigern. Kulturelle Aktivitäten dienen auch der Integration und können einen Weg zur interkulturellen Verständigung aufzeigen. Wir wollen, dass in der Kulturförderung stärker als bisher Kulturschaffende mit Migrationshintergrund berücksichtigt werden.

Religiöse Vielfalt begleiten

Einwanderung hat die religiöse Vielfalt in unserem Land verändert. Wir setzen auf gegenseitige Anerkennung, interreligiöse Dialoge und eine gelingende soziale, politische und kulturelle Integration. Gene-

ralisierende Abwertungen religiöser Kulturen lehnen wir genauso ab wie Glaubensinhalte und Glaubenspraktiken, die den Prinzipien der Gerechtigkeit und Demokratie entgegenstehen. GRÜNE wollen den Ausbau des derzeit noch als Schulversuch konzipierten Islamischen Religionsunterrichts, solange es noch getrennten religiösen Schulunterricht gibt und die Stärkung der Religions- und Islamwissenschaften in Niedersachsen. Beides wird der sozialen Wirklichkeit gerecht, dass Musliminnen und Muslime heute die größte Gruppe unter den eingewanderten und konvertierten Religionsangehörigen bilden.

Flüchtlinge schützen

Die Flüchtlingspolitik der CDU/FDP-Landeregierung dient der Abschreckung und missachtet humanitäre Grundsätze. Wir wollen eine großzügige gesetzliche Regelung für die Ausländerinnen und Ausländer, die seit Jahren mit einem ungesicherten Aufenthaltsstatus in Niedersachsen leben. Und wir wollen die Voraussetzungen für die Härtefallberatungen deutlich verbessern. Die Bleiberechtsregelung soll nicht allein von der Sicherung des Lebensunterhalts abhängen. Außerdem muss die Residenzpflicht aufgehoben werden. Alleinerziehende, Kinder, Alte, Behinderte und Kranke benötigen unseren besonderen Schutz. Das gilt in besonderem Maße für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge.

Wir wollen die Lebensbedingungen für Flüchtlinge in Niedersachsen verbessern. Ein wichtiger Schritt ist die Auflösung der zentralen Abschiebelager in Braunschweig, Oldenburg und Bramsche. Außerdem muss das Wertgutscheinsystem abgeschafft werden, um zu einer Barauszahlung der Hilfen zum Lebensunterhalt zurückzukehren.

Die Politik muss auch das Ziel verfolgen, Papierlosen (Menschen, die weder einen Aufenthaltstitel noch eine Duldung besitzen) Hilfe und Beratung anzubieten. Insbesondere geht es dabei um die Garantie von Menschenrechten auf Gesundheit, schulische Bildung und den Schutz vor Ausbeutung.

Die Flüchtlingssozialarbeit wollen wir mit verlässlichen Vorgaben langfristig finanziell sichern. Hierbei muss insbesondere die interkulturelle Kompetenz von MigrantInnen genutzt werden. Unterstützung verdienen die vielfältigen privaten, kirchlichen und sozialen Initiativen, die Flüchtlingen Schutz und Hilfe bieten. Dort wo es bisher nicht geschehen ist, müssen die Ausländerbehörden ihre Arbeit stärker auf die Unterstützung von Flüchtlingen ausrichten und sich stärker mit der Flüchtlingssozialarbeit vernetzen.

Europa stärken

Der europäische Integrationsprozess hat entscheidend dazu beigetragen, dass weite Teile Europas in Frieden leben können und Menschenrechte und demokratische Regeln beachtet werden. Wir GRÜNE wollen eine starke Europäische Union und engagieren uns auf allen politischen Ebenen für eine Fortsetzung der europäischen Einigung. Die GRÜNEN sind mit der Gründung der EUROPÄISCHEN

GRÜNEN – in Niedersachsen mit dem grenzüberschreitenden Regionalverband Grenzenlos Grün und Sozial mit der niederländischen Partei GROENLINKS- mit gutem Beispiel voran gegangen.

Das geeinte Europa wird nur dann erfolgreich sein, wenn es stärkere Unterstützung durch die Bürgerinnen und Bürger erfährt. Dazu bedarf es einer transparenten Europapolitik auf einer neuen Grundlage, die die Europäische Union handlungsfähiger, demokratischer und sozialer macht. Europa braucht eine Verfassung legitimiert durch ein Referendum.

Die Europapolitik wurde in den vergangenen Jahren von der schwarz-gelben Landesregierung stark vernachlässigt. Ministerpräsident Wulff hat Europa zwar zur Chefsache erklärt, dann aber offensichtlich das Interesse an diesem bedeutsamen Feld verloren. Trotz der starken Verflechtungen der niedersächsischen Wirtschaft mit den Staaten der Europäischen Union ist eine Europastrategie des Landes nach wie vor nicht erkennbar. GRÜNE wollen die wirtschaftlichen Chancen der europäischen Integration nutzen und für eine Europäische Union werben, die ihr weltpolitisches Gewicht für eine gerechte Gestaltung der Globalisierung, für friedliche Konfliktlösungen und internationale Strategien zum Schutz der Umwelt einsetzt.

Niedersachsens Westen soll die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit unseren niederländischen Nachbarn intensivieren und besonders beim Schutz der Nordsee besser kooperieren. Die deutsch-niederländische Grenzregion kann ein gutes Beispiel für eine Europäische Union werden, bei der nationale Grenzen an Bedeutung verlieren.

GRÜNE wollen das Europäische Informationszentrum Niedersachsen (EIZ) stärken, um die Idee des vereinten Europas besonders bei der jungen Generation zu verankern. Möglichst viele niedersächsische Schulen sollen als Europa-Schulen mit Bildungseinrichtungen in anderen EU-Staaten kooperieren. Die europäischen Austauschprogramme für Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Studierende müssen in Niedersachsen intensiver genutzt werden. Jeder Jugendliche soll Erfahrungen im europäischen Ausland sammeln können.

Metropolregionen entwickeln

Seit zwei Jahren formieren sich die Regionen Hannover-Braunschweig-Göttingen und Bremen-Oldenburg zu Metropolregionen von europäischer Bedeutung. Diese Initiativen verdienen vom Land mindestens die gleiche Unterstützung, wie Niedersachsen der Metropolregion Hamburg zukommen lässt. Nur so können die neuen Metropolregionen die Konkurrenzfähigkeit der niedersächsischen Standorte im europäischen Wettbewerb unterstützen. Die Metropolregionen müssen vor Ort städtische und ländliche Räume stärker verbinden. Strukturschwächere Gebiete dürfen nicht abgehängt werden und angrenzende Regionen müssen besser in die Planungen einbezogen werden.

Gleiche Rechte für Schwule und Lesben

Das Lebenspartnerschaftsgesetz war ein Meilenstein, um Schwule und Lesben als selbstverständlichen Teil unserer Gesellschaft anzuerkennen. Aber es muss weitergehen. Wir wollen die volle Gleichstellung! Dazu müssen Erb- und Adoptionsrecht geändert werden. In jeder achten gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaft wachsen Kinder auf. Sie erleben tagtäglich, dass Schwule und Lesben verantwortliche Eltern sind. Diese Regenbogenfamilien haben ein Recht auf Anerkennung. Ziel GRÜNER Politik ist es, dass Schwule und Lesben ohne Angst vor Diskriminierung und Ablehnung in dieser Gesellschaft leben können. Der Weg zur völligen Akzeptanz ist noch lang. Wir wollen ihn verkürzen.

Die Situation von jungen Schwulen und Lesben und Bisexuellen macht es gerade im ländlichen Raum notwendig, die Arbeit der Schulen und der Jugendarbeit für die Chancen und Probleme homosexuellen Lebens zu öffnen. Häufig fehlt es gerade im Alltag an Orientierung und Beratung für Jugendliche. In einer besonders schwierigen Situation befinden sich zudem viele Migrantinnen und Migranten.

Die Schule kann und muss einen wichtigen Beitrag zur Identitätsbildung leisten. Kaum eine Soap-Serie kommt ohne homosexuelle Paare aus, aber in niedersächsischen Schulbüchern wird Homosexualität völlig ausgeklammert. An unseren Schulen gibt es für schwule und lesbische Schülerinnen und Schüler keine offiziellen Ansprechpartner. Wir wollen die Aus- und Fortbildung für Beratungslehrer in diesem Bereich voranbringen.

Darüber hinaus wollen wir die psychosozialen Dienste umfassend qualifizieren – vornehmlich in ländlichen Regionen. Gleichzeitig soll die schwul-lesbische Selbsthilfe besser unterstützt werden.

Sicherheit oder Freiheit? Wir wollen beides!

Schünemann ist zu weit gegangen. Mehrfach hat der Innenminister mit seinen Gesetzesinitiativen die Verfassung gebrochen. Die FDP hat mitgemacht. Das Bundesverfassungsgericht hat die grenzenlose Überwachung gestoppt. Auch wir wollen Sicherheit schaffen, denn sie ist eine unverzichtbare Voraussetzung für eine freizügige Gesellschaft. Die Bedrohung durch den Terrorismus nehmen wir ernst – ebenso wie die Herausforderung, ihn zu bekämpfen. In dieser Auseinandersetzung wollen wir beides: Anschläge verhindern und Freiheit bewahren. Für uns ist klar, dass nur solche Mittel in der Terrorismusbekämpfung gewählt werden dürfen, die nicht Schritt für Schritt in den Überwachungsstaat führen. In einer offenen, demokratischen Gesellschaft schützen wir Menschenleben sowie Gesundheit und bewahren Freiheit und Recht.

Mehr Transparenz und Mitwirkung ermöglichen

Demokratie erfordert durchschaubare und nachvollziehbare Entscheidungsprozesse auf allen Ebenen. Das Parlament selbst muss hier als Vorbild dienen. Wir wollen, dass die Ausschüsse des Landtags grundsätzlich öffentlich tagen. GRÜNE möchten öffentliche Petitionen ermöglichen und die Befragung von Regierungsmitgliedern als parlamentarisches Instrument einführen.

Für eine bürgernahe Polizei

Schwarz-Gelb hat Niedersachsen nicht sicherer gemacht. Scharfe Gesetze und gleichzeitig Sparen bei der Polizei – das passt nicht zusammen. Die nach bayerischem Vorbild durchgesetzte "Polizeireform" werden wir kritisch überprüfen. Hilfspolizistinnen und Hilfspolizisten, in Form sogenannter Bürgerstreifen, sind eine der irrwitzigsten innenpolitischen Erfindungen der letzten Jahre. Den entsprechenden Modellversuch werden wir umgehend beenden.

Wir wollen eine bürgernahe Polizei, die gemeinsam mit Initiativen und Verbänden in kommunalen Präventionsräten ganzheitliche Konzepte für mehr Sicherheit erarbeitet und umsetzt. Das niedersächsische Polizeigesetz werden wir von den Angriffen der CDU/FDP-Landesregierung auf unsere Grundrechte befreien. Das flächendeckende Erfassen öffentlicher Orte per Videoüberwachung lehnen wir genauso ab wie verfassungswidrige Lauschangriffe auf unsere Wohnungen. Wir werden von unseren Hochschulen keine Spitzeldienste zur vorbeugenden Terrorbekämpfung verlangen. Wo immer wir in Niedersachsen die Zuständigkeit und Möglichkeit haben, werden wir das Überwachen der elektronischen Kommunikation einschränken. Nicht alles was technisch machbar ist, darf im Rechtsstaat angewendet werden.

Wir wollen eine gut ausgebildete Polizei, die rechtssicher agiert und den Schutz der Grundrechte nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis zum Leitziel ihres polizeilichen Handels macht. Wir lassen nicht locker: Zur Polizeiuniform gehört verpflichtend der Name oder eine Kennzeichnung, die es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, Polizeibeamte und Beamtinnen im Dienst namentlich zu identifizieren.

Zur Polizeiuniform gehört nicht nur die Schutzweste sondern verpflichtend der Name. Alternativ sollen Bürgerinnen und Bürger Polizeibeamte im Dienst mit einer Kennzeichnung identifizieren können.

Eine Polizeiakademie als Nachwuchsschmiede für den Vollzugsdienst lehnen wir ab. Stattdessen wollen wir das Curriculum dem einer normalen Fachhochschule angleichen. Studierende sollen erst nach Abschluss ihrer Ausbildung verbeamtet werden. Wir wollen ihnen die üblichen Möglichkeiten einer Stu-

dienfinanzierung, also vor allem Bafög, anbieten. Einen Schwerpunkt in der Nachwuchswerbung wollen wir darauf legen, mehr Migrantinnen und Migranten für den Polizeivollzugsdienst zu gewinnen. Außerdem muss die interkulturelle Kompetenz ausgebaut und vorhandene besser genutzt werden.

Absage an den Schnüffelstaat

Datensicherheit und verlässlicher Datenschutz sind Grundlage und Motor für neue Informationstechnologien. Moderner Datenschutz schützt Grundrechte, Verbraucherinnen und Verbraucher. Wir werden das niedersächsische Datenschutzgesetz an die technologische Weiterentwicklung anpassen und die Daten der Bürgerinnen und Bürger besser vor der staatlichen Datensammelwut schützen. Wir wollen mehr vom Staat wissen. Deswegen wird es mit uns auch für Niedersachsen ein Informationsfreiheitsgesetz geben. Die Kompetenzen des Datenschutzbeauftragten als Beratungs- und Dienstleistungsinstanz für den öffentlichen und privaten Bereich werden wir ausbauen.

Projekt: Digitale Gesellschaft

Sicher in die digitale Gesellschaft – neues Bewusstsein für Datenschutz schaffen. Der Computer durchdringt mittlerweile alle Lebensbereiche: Biometrie, RFID, Scoring oder Phishing. Es wirbeln die Daten, es wirbelt im Kopf. Um die Chancen und Risiken der neuen digitalen Möglichkeiten zu bewerten, wollen wir das Projekt "Sicher in der digitalen Gesellschaft" starten – zusammen mit Schulen, Universitäten und der interessierten Fachöffentlichkeit.

Die Arbeit des Verfassungsschutzes und der Einsatz geheimdienstlicher Mittel sind auf echte Bedrohungslagen zu konzentrieren und gesetzlich entsprechend zu begrenzen. Wir halten an der strikten Trennung von Polizei und Geheimdiensten fest und werden den Verfassungsschutz als Landesamt reorganisieren.

Opferhilfe ausbauen

Wir begreifen die Justiz als Dienstleistungsbetrieb, der seine Aufgaben bürgernah und mit sozialer Kompetenz wahrnimmt. Um eine moderne Kultur der Konfliktlösung zu unterstützen, wollen wir: die außergerichtliche Streitschlichtung ausbauen, die gerichtsnahe Mediation verankern und den Täter-

Opfer-Ausgleich fortsetzen. Wieder einführen werden wir das bürgerfreundliche Widerspruchsverfahren, weil es den Menschen ein kostengünstiges Rechtsmittel an die Hand gibt. Darüber hinaus entlastet das Verfahren die Verwaltungsgerichte. Insbesondere für viele Frauen gehört Gewalt nach wie vor zum Alltag – ob in der Partnerschaft, am Arbeitsplatz oder in der Öffentlichkeit. Gewaltschutz muss daher als Pflichtaufgabe des Landes verlässlich gefördert werden. Beratungs- und Schutzangebote müssen in ihrer Vielfalt erhalten und gesichert werden.

Der Staat darf Opfer von Gewalt nicht länger allein lassen. Sie brauchen Hilfe und angemessene Entschädigung. Ein fester Anteil von Geldstrafen muss Einrichtungen der Opferhilfe zugute kommen. Die Ansprüche der Geschädigten müssen Vorrang haben vor der Vollstreckung von Geldstrafen. Vor allem minderjährigen Opfern ist grundsätzlich anwaltlicher Beistand zu garantieren. Besondere Hilfe brauchen Menschen, die einen ungesicherten Aufenthaltsstatus haben. Dabei ist es gleich, welche Form der Kriminalität sie erleiden mussten – ob rassistische Angriffe, Menschenhandel oder erzwungene Prostitution. Sie dürfen nicht durch eine Abschiebung daran gehindert werden, ihre Rechte wahrzunehmen.

Keine Privat – Gefängnisse

Niedersachsens Strafanstalten sind so voll wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Angesichts einer teilweise menschenunwürdigen Überbelegung und ihrer problematischen Folgen für Gefangene und Vollzugsbedienstete gerät der wirksamste Schutz vor Kriminalität, die soziale Wiedereingliederung von Strafgefangenen, mehr und mehr aus dem Blickfeld. Statt Millionen Euro für neue Gefängnisse auszugeben, benötigen wir eine intelligente Kriminalpolitik, die die Ursachen für Straftaten, etwa die Kriminalisierung von Drogensucht, erkennt und Alternativen zur Freiheitsstrafe ausbaut. Der permanenten Überbelegung wollen wir mit konsequenter Haftvermeidung, Ausbau des offenen Vollzugs und Vermeidung von Ersatzfreiheitsstrafen durch gemeinnützige Arbeit begegnen. Hilfsangebote der Bewährungs- und Entlassenenhilfe, mit denen ein erneutes Abrutschen in die Kriminalität verhindert werden kann, wollen wir ausbauen.

Ein moderner Vollzug braucht gut qualifizierte und angemessen besoldete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Weiterbildung und Beförderungschancen der Vollzugsbediensteten müssen dauerhaft verbessert werden. Eine Privatisierung des Strafvollzugs lehnen wir ab. Therapie und Hilfe für inhaftierte Drogenabhängige und Alkoholranke sind zu verstärken. Die Ausbreitung von HIV und Hepatitis unter Gefangenen gehört wirksam bekämpft. Schließlich wollen wir ein eigenes Landesgesetz zum Jugendvollzug, das eine enge Zusammenarbeit von Jugendsozialarbeit, der Jugend- und Bewährungshilfe mit dem Strafvollzug vorsieht. Die Herausbildung krimineller Karrieren muss frühzeitig verhindert werden.

Niedersachsen gegen Rechts

Der Rechtsextremismus verschont auch Niedersachsen nicht. Das zeigen die Demonstrationen rechter Kameradschaften und einige Erfolge der NPD bei der letzten Kommunalwahl.

Wir fordern die Wiederaufnahme des NPD-Verbotsverfahrens. Dazu müssen die Voraussetzungen für ein erfolgreiches Verfahren geschaffen werden.

Die bei einzelnen konservativen Politikerinnen und Politikern fehlende Distanz zum rechten Rand ist auch deshalb gefährlich, weil dann rechtsextreme Themen gesellschaftsfähiger werden. Alle demokratischen Parteien müssen sich konsequent und eindeutig vom Rechtsextremismus distanzieren. Rechtsextreme Parteien haben keinerlei Toleranz verdient, denn sie vertreten rassistische und menschenverachtende Thesen und stehen nicht auf dem Boden des Grundgesetzes.

Der beste Schutz gegen braune Propaganda ist politische Bildung und das Stärken demokratischer Strukturen. Wir wollen ein landesweites Bildungs- und Informationsprogramm gegen Rechts auflegen, das auf unterschiedliche Zielgruppen eingeht und nicht nur Jugendliche im Blick hat. Denn Fremdenfeindlichkeit und antidemokratische Einstellungen finden sich bedauerlicherweise in allen Altersgruppen und gesellschaftlichen Schichten. Das Stärken jeglicher demokratischer Jugendkultur ist deshalb fundamentaler Bestandteil des Kampfes gegen Rechts, um das Nachwachsen rechter Ideen zu verhindern.

Das Eintreten gegen Rechtsextremismus darf nicht nur Aufgabe des Verfassungsschutzes und der Ermittlungsbehörden sein. Unsere Politik wird es sich zur Aufgabe machen, eine aktive und wachsame Zivilgesellschaft zu stärken. Im Hinblick auf die Unterstützung lokaler Initiativen im Kampf gegen Rechtsextremismus werden sich die GRÜNEN landesweit konsequent für breite Bündnisbildungen zusammen mit Vereinen, Verbänden und demokratiefördernden Institutionen einsetzen.

Global denken – lokal handeln

Globaler Verantwortung gerecht werden

Ein weltoffenes Niedersachsen ist sich seiner globalen Verantwortung bewusst. Es gilt, auf allen Ebenen so zu wirtschaften und zu leben, dass diese Erde für nachfolgende Generationen erhalten bleibt. Niemandem – auch nicht den Menschen ferner Kontinente – dürfen wir die Lebensgrundlagen entziehen.

Bereits auf dem großen Nachhaltigkeitsgipfel 1992 in Rio ist mit der Agenda 21 deutlich gemacht worden, dass es auf allen Ebenen größter Anstrengungen bedarf, um dem globalen Klimaschutz und der weltweiten Gerechtigkeit näher zu kommen. In vielen Kommunen haben sich daraufhin Initiativen für eine Lokale Agenda 21 gebildet.

Die schwarz-gelbe Landesregierung hat die finanzielle Förderung für die Agenda-21-Arbeit der Kommunen eingestellt. Bis auf einen kläglichen Rest haben CDU und FDP auch die Unterstützung für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit auf Landesebene zusammengestrichen.

Diesen Trend wollen wir umkehren! GRÜNE setzen sich dafür ein, dass Niedersachsen wieder mehr Mittel für die entwicklungs- und umweltpolitische Bildungsarbeit bereitstellt. Außerdem sollen bei allen Entscheidungen die Konsequenzen für den globalen Umweltschutz und die Nord-Süd-Gerechtigkeit bedacht werden. Wir wollen dass im öffentlichen Beschaffungswesen Produkte aus dem fairen Handel bevorzugt und Erzeugnisse boykottiert werden, die in ausbeuterischer Kinderarbeit oder unter Missachtung anderer internationaler Sozial- und Umweltstandards produziert wurden.

Die Partnerschaft Niedersachsens mit der südafrikanischen Provinz Eastern Cape gilt es auszubauen und auf eine breitere Ebene zu stellen. Es darf nicht nur die Wirtschaft davon profitieren – sondern alle gesellschaftlich relevanten Gruppen müssen einbezogen werden.

Mehr Kommune

Die schwarz-gelbe Landesregierung hat den Kommunen zu Beginn ihrer Amtszeit viel versprochen, aber wenig gehalten:

- Kürzungen der Steuerverbundquote und andere Eingriffe haben den finanziellen Handlungsspielraum der Kommunen eingeschränkt.
- Die Möglichkeiten zur wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen wurden massiv eingeschränkt und damit aus der Weg frei gemacht, Kernaufgaben der Daseinsvorsorge wie die Wasserver- und Abwasser- und Müllentsorgung dem Einflussbereich der kommunalen Politik zu entziehen und gewinnorientierten Privatunternehmen zu überlassen.
- Die Landesregierung hat groß angekündigt, Aufgaben der aufgelösten Bezirksebene auf Gemeinden und Kreise zu verlagern. Letztendlich ist aber nur ein kümmerlicher Rest auf die kommunale Ebene übergegangen. Statt Zuständigkeiten auf die Kommunen zu verlagern, wurden nur die Türschilder der meisten Ämter der ehemaligen Bezirksregierungen ausgewechselt.
- Das Land hat den Kommunen per Gesetz vorgegeben, bis 2011 ein neues Rechnungswesen einzuführen, verweigert aber diese durchaus sinnvolle Neuerung auch auf Landesebene anzuwenden.

Wir wollen starke Städte, Gemeinden und Landkreise, die in der Lage sind, die Herausforderungen der Zukunft mit innovativen Lösungen zu meistern. Dazu benötigen die Kommunen eine ausreichende Beteiligung an den Steuereinnahmen und auch bestimmenden Einfluss auf die wichtigen Aufgabenfelder der lokalen Daseinsvorsorge.

Bestrebungen zu Privatisierungen in den Kernbereichen der Daseinsvorsorge erteilen wir eine klare Absage. Es gibt inzwischen zahlreiche Beispiele, wo private, gewinnorientierte Betriebe die notwendigen Investitionen in das Wasserleitungsnetz jahrelang vernachlässigt – und damit gesundheitliche Risiken in Kauf genommen haben.

Wir treten dafür ein, dass auch die Abfuhr, Behandlung und Deponierung des Hausmülls in kommunaler Verantwortung bleibt. Nur so sind zum Beispiel mit Gebührenstaffelungen Anreize zur Müllvermeidung zu setzen.

GRÜNE Politik setzt auf direkte Demokratie. Die Einwohnerinnen und Einwohner und die gewählten Mitglieder in Räten und Kreistagen sollen möglichst viele Entscheidungen auf der lokalen Ebene treffen. Wir wollen die Zulassungsbedingungen für Bürgerentscheide deutlich erleichtern und den Katalog der Entscheidungsthemen erweitern.

Die schwarz-gelbe Landesregierung hat die Position der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Landrätinnen und Landräte übermäßig gestärkt. Wir wollen die achtjährige Amtszeit der Hauptverwaltungsbeamten wieder auf die fünfjährige Wahlperiode der Gremien absenken. Und wir wollen die unsinnigen Altersgrenzen abschaffen beim passiven Wahlrecht für diese Führungspositionen. Die Wählerinnen und Wähler sollen selbst entscheiden, ob man auch einer 18- oder einem 66-Jährigen die Führung einer Kommunalverwaltung zutraut.

Im Kommunalwahlrecht ist die Möglichkeit von Listenverbindungen wieder einzuführen.

Gestiegene Mobilität, technologischer Wandel, alternde Bevölkerung: Diese Entwicklungen erfordern von den niedersächsischen Kommunen ein höheres Maß an regionaler Zusammenarbeit und die Bereitschaft zu neuen Kooperationsformen. Viele Aufgaben wie Verkehrsplanung, Abfallwirtschaft oder Wirtschaftsförderung können oft sinnvoller und effizienter auf regionaler Ebene organisiert werden. Wir wollen eine offensive Nutzung der modernen Kommunikationsmittel, damit viele kommunale Dienstleistungen ortsnäher erbracht werden können.

Die interkommunale Zusammenarbeit muss künftig gefördert werden. Eine Fusion von Landkreisen und die Neuregelung der Stadt-Umland-Beziehungen in den Ballungsräumen kann Kommunalpolitik stärken und die Standortbedingungen verbessern. Gebietsreformen werden wir nur dann zustimmen, wenn diese Bestrebungen auch auf der lokalen Ebene ausreichend Unterstützung finden.

Lebendige Innenstädte

Wir wollen lebendige Innenstädte, Ortskerne und Stadtteilzentren und sehen den Einzelhandel als guten Verbündeten. Wir unterstützen Lösungen zur Aufwertung innerstädtischer Quartiere für Wohnen und Gewerbe. GRÜNE wollen Ladenöffnungszeiten nicht allgemein freigeben, sondern regional differenzierbare Lösungen. Verbessern wollen wir die Bedingungen für den klein- und mittelständischen Einzelhandel in den Kernlagen. Für Standorte auf der sprichwörtlichen grünen Wiese werden wir die Wiedereinführung der vorherigen Öffnungszeiten von 6 bis 20 Uhr durchsetzen. Nur in Ortskernen und Stadtteilzentren sollen Geschäfte länger öffnen dürfen – auf Beschluss der zuständigen kommunalen Räte.

Bürgerschaftliches Engagement stärken

Nicht nur mit Blick auf den demografischen Wandel brauchen wir aktive Bürgerinnen und Bürger, die helfen und sich einmischen - und so unsere Gesellschaft gestalten. Da sind verlässliche Rahmenbedingungen erforderlich, die dazu beitragen, dass gesellschaftliches Engagement gefördert, entwickelt und vernetzt wird. Wir wollen eine bessere Absicherung hierfür im Sozialsystem. Ehrenamtliche Tätigkeit muss sich in höheren Rentenanwartschaften niederschlagen. Auf Landesebene wollen wir durch eine EhrenamtsCard mit umfassenden Vergünstigungen Anreize für bürgerschaftliches Engagement schaffen.

Für eine nachhaltige Finanzpolitik

Die soziale Gerechtigkeit und die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft stehen für uns bei der Finanzpolitik im Fokus. Wir wollen den Landeshaushalt so gestalten, dass auch künftige Generationen Handlungsspielräume haben. Die Bürgerinnen und Bürger haben das Recht auf eine transparente Haushaltsführung. Schattenhaushalte und Buchungstricks sind mit uns nicht zu machen.

Projekt Bürgerhaushalt

Wir wollen aus dem Landeshaushalt einen "Bürgerhaushalt" machen. Dieser soll Entscheidungen transparent und Schattenhaushalte sichtbar machen. Wir wollen die Öffentlichkeit nachvollziehbar informieren über künftige Forderungen und Verbindlichkeiten. Beim Aufstellen des Haushalts sollen die neuen Erfahrungen mit Bürger- und Beteiligungshaushalten genutzt werden. Bürgerinnen und Bürger müssen besser über Haushalt und Finanzen informiert werden. Wir wollen in den Kommunen das Aufstellen von

Bürger- und Beteiligungshaushalten erleichtern und fördern. Für wichtige Entscheidungen streben wir auch im Land ein Beteiligungsverfahren an.

Trotz gestiegener Steuereinnahmen: Nach Jahren verfehlter Wirtschafts- und Finanzpolitik leidet unser Land unter einer angespannten Finanzlage. Zinsen für mehr als 50 Milliarden Euro Schulden belasten den Etat und für die steigenden Pensionslasten wurden keine Rücklagen gebildet.

Wir machen uns stark für den Erhalt eines handlungsfähigen Staates, der dazu in der Lage ist, wichtige Zukunftsinvestitionen im Bereich der Bildung, Forschung, Kinderbetreuung sowie der ökologischen Infrastruktur zu realisieren. Wir dürfen deshalb keine Steuergelder für ökologisch und ökonomisch unsinnige Großprojekte verschwenden. Ein Beispiel ist die kostspielige Skihalle in der Lüneburger Heide. Für die langfristige Handlungsfähigkeit Niedersachsens ist es aber entscheidend, die Einnahmen des Landes strukturell zu verbessern.

Insbesondere Großkonzerne und vermögende Privathaushalte sollen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen. Dazu machen wir uns stark für die Wiedereinführung einer verfassungskonformen Vermögensteuer für private Haushalte. Eine Reform der Erbschafts- und Schenkungssteuer soll Erbschaften in Millionenhöhe stärker besteuern. Der Bundesrechnungshof hat bei der Besteuerung so genannter Einkommensmillionäre Steuerausfälle festgestellt. Das können wir nicht hinnehmen. GRÜNE wollen deshalb den Prüfrhythmus erhöhen sowie Außenprüfung und Steuerfahndung ausbauen. Wir wollen die Schulden des Landes konsequent abbauen. Aber: Keine wichtigen Zukunftsinvestitionen dürfen einer kurzfristigen Sparpolitik zum Opfer fallen.

Wir wollen mit einem nationalen Entschuldungsfonds und einem neuen Rechnungswesen die Altlasten und verdeckten Kreditaufnahmen vergangener Regierungen beseitigen. Gelingt es, die aufgehäuften Schulden als Sonderlast zu überwälzen und aus den eigentlichen Etatansätzen heraus zu nehmen, verspricht das nicht nur erhebliche Einsparungen beim Zinsmanagement, weil die Refinanzierung aller öffentlichen Haushalte gemeinsam zu günstigeren Konditionen erfolgen könnte.

Die Finanzverflechtungen und Mischfinanzierungen zwischen Bund und Ländern müssen zugunsten klarerer Verantwortlichkeiten aufgebrochen werden. Länder und Kommunen profitieren von einer stärkeren Finanzautonomie.

Die Konsolidierung des Landeshaushalts erfordert auch eine bessere Organisation der Landesverwaltung. So weit das Land Aufgaben mit Flächenbezug in der Ortsinstanz erfüllt, können diese durch neu

zu gründende Ämter für Umwelt und Regionalentwicklung oder kommunale Körperschaften effizienter wahrgenommen werden. Die so genannten Regierungsvertretungen als Reste des ehemals dreistufigen Verwaltungsaufbaus haben keine fachliche Funktion und sind aufzulösen.

Niedersachsen braucht ein einheitliches öffentliches Dienstrecht. Die unterschiedlichen Bedingungen für Angestellte, Beamtinnen und Beamte sind so auszugestalten, dass eine Annäherung bei Arbeitsmodalitäten und Bezahlung erreicht werden kann.

Wahlrecht ab 14

Als Grüne in Niedersachsen setzten wir uns für bessere Möglichkeiten der Partizipation junger Menschen an der politischen Meinungsbildung ein. Daher möchten wir das Alter für das aktive Wahlrecht zu Landes- und Kommunalwahlen mindestens auf 14 Jahre und das passive Wahlalter auf 16 Jahren absenken.